

# LIVING DIGITALITY

Akteurinnen und Akteure  
der Digitalisierung in Österreich



LIVING DIGITALITY

Akteurinnen und Akteure  
der Digitalisierung in Österreich

## Impressum

Medieninhaberin, Verlegerin und Herausgeberin:

Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1010 Wien

+43 1 531 15-0

[www.digitalaustria.gv.at](http://www.digitalaustria.gv.at)

Fotonachweis: Titelseite: iStock; S. 4: BKA/Andy Wenzel; S. 6: BKA/Andy Wenzel;

S. 8: BKA/Andy Wenzel; S. 9, 51: Foto: BMDW, Konstantin Böhm; S. 21, 30, 35, 39,

40, 42, 47, 49, 50, 53, 58: Adobe; S. 22: Mara Wallinger; S. 23: Robert Teleu; S. 32:

BKA, Regina Aigner; S. 33: BKA; S. 35: BMWET, Holey; S. 36: BMB; S. 37: Petra Spiola;

S. 38: Juana, Team primephoto; S. 41: BMEIA; S. 43: BMI, Perchauer; S. 44, S. 45: BMJ;

S. 46: BMASGPK / Karo Pernegger; S. 48: BMF, Hradil; S. 49: BMLV, Carina Karlovits;

S. 53: BMLV; S. 54: BMLRT; S. 57: BMKÖS, Kulturpool / Österreichische Galerie Belvedere;

S. 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76: AdobeStock; S. 61: Land Burgenland; S. 63: Amt der

Kärntner Landesregierung; S. 65: NLK Reinberger; S. 67: Land Oberösterreich, Peter Mayr;

S. 69: SZB; S. 71: Land Steiermark, Binder; S. 73: Land Tirol, Forcher; S. 75: Land Vorarlberg,

Caroline Abbiederis; S. 77: Magistrat Wien; S. 79: Gemeindebund Thomas Max; S. 81: Armin

Russold; S. 82: IT Kommunal GmbH

Layout: BKA Corporate Identity & Kommunikationsdesign

Wien, 2026



Erfolgreiche Digitalisierung in und für Österreich ist weit mehr als nur ein technisches Projekt – sie ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für unser Land. Sie entscheidet darüber, wie wettbewerbsfähig, effizient und zukunftsfit Österreich in den kommenden Jahren sein wird.

Gerade in der öffentlichen Verwaltung zeigt sich, welches Potenzial in Digitalisierung und künstlicher Intelligenz (KI) steckt. Wir schaffen eine moderne, serviceorientierte Verwaltung, die schneller, effizienter und bürgernäher arbeitet. Mit der bedarfsorientierten IT-Konsolidierung im Bund bündeln wir Kräfte, nutzen Synergien und senken Kosten.

Mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Akts schlagen wir ein neues Kapitel in der Verwaltungsgeschichte auf: Verfahren werden einfacher, Abläufe effizienter und Entscheidungen nachvollziehbarer. So wird der Staat zum modernen Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger und unsere heimischen Unternehmen.

Künstliche Intelligenz eröffnet uns dabei völlig neue Möglichkeiten. Sie wird in Zukunft verstärkt Routineaufgaben und Prüftätigkeiten übernehmen. Ein Large Language Model (LLM) der öffentlichen Hand wird Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlasten und Bürgerinnen und Bürger zugleich bei der Nutzung digitaler Services unterstützen. So wird KI zum Werkzeug einer smarten und verantwortungsvollen Verwaltung.

Digitale Transformation ist aber weit mehr als Technologie. Sie ist eine Frage des Wissens, der Haltung und der Bereitschaft, Veränderung als Chance zu begreifen. Mit unserer Digitalen Kompetenzoffensive schaffen wir die Grundlagen dafür: Wir stärken digitale Fähigkeiten quer durch alle Generationen, Regionen und Berufsgruppen – damit jede und jeder in Österreich das richtige



Rüstzeug an der Hand hat, um an der Digitalisierung teilhaben und auch von ihr profitieren zu können.

Erfolgreiche Digitalisierung gelingt nur im Miteinander – durch Vertrauen, Kooperation und gemeinsames Gestalten. Der Digitalisierungsbericht zeigt eindrucksvoll, was möglich ist, wenn Bund, Länder, Städte, Gemeinden, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen. Dieses österreichische Modell der Zusammenarbeit ist längst zu einer echten Erfolgsgeschichte geworden.

Mein Dank gilt allen, die mit Mut, Weitblick und Verantwortungsbewusstsein an dieser Zukunft arbeiten. Sie alle tragen dazu bei, dass Österreich im digitalen Wandel nicht nur Schritt hält, sondern international Maßstäbe setzt.

Wir werden diesen Weg entschlossen weitergehen. Mit einem klaren Ziel: Österreich soll zu den digitalen Vorreitern in Europa gehören. Wir wollen ein Land sein, das Innovation mit Verantwortung verbindet und digitalen Fortschritt für die Menschen gestaltet.

**Dr. Christian Stocker**  
Bundeskanzler

„Erfolgreiche Digitalisierung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe und ein wesentlicher Baustein für einen wettbewerbsfähigen und effizienten Standort Österreich. Das gelingt aber nur im Miteinander – durch Vertrauen, Kooperation und gemeinsames Gestalten. Der Digitalisierungsbericht zeigt eindrucksvoll, was möglich ist, wenn Bund, Länder, Städte, Gemeinden, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen. Dieses österreichische Modell der Zusammenarbeit ist längst zu einer echten Erfolgsgeschichte geworden.“

Weltweit besitzen mehr Menschen ein Smartphone als einen Wasseranschluss. Das veranschaulicht gut, wie allgegenwärtig die Digitalisierung inzwischen ist. Im aktuellen Regierungsprogramm hat die Digitalisierung daher aus guten Gründen einen hohen Stellenwert. Wir wollen die großen Chancen der Digitalisierung in den unterschiedlichen Themengebieten – insbesondere in puncto Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und gesellschaftlicher Teilhabe – gezielt nutzen und fördern. Nach wirtschaftswissenschaftlichen Berechnungen kann volle digitale Wettbewerbsfähigkeit zu einem zusätzlichen BIP von bis zu 17,4 Mrd. Euro pro Jahr führen. Österreich könnte durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz 18% mehr Wachstum über einen Zeitraum von zehn Jahren erzielen – das entspricht der Wirtschaftsleistung eines 10. Bundeslandes.

Eine besondere Rolle spielt der KI-Einsatz auch in der Verwaltung. Rund 45% der Bundesbediensteten gehen bis 2036 in Pension. Durch den Einsatz von KI wollen wir in Zukunft unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Routinetätigkeiten entlasten – wobei die Letztentscheidung immer von Menschen getroffen wird. Wo wollen wir hin: Eine Verwaltung, die künstliche Intelligenz einsetzt und für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich macht. Unser Anspruch in der Verwaltung ist es grundsätzlich, die Potenziale der Digitalisierung für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung zu nutzen.

Unser Ziel ist eine führende Rolle Österreichs bei der digitalen Transformation. Langfristig wollen wir unser Land zu einem europäischen Zentrum für Innovation und Digitalisierung entwickeln. Ein wichtiger Erfolgsfaktor dafür sind auch digitale Kompetenzen. Sowohl im Berufsleben als auch privat, sind sie nicht mehr wegzudenken – nicht nur mit Blick auf ausreichende, hochqualifizierte IT-Experten, sondern in der breiten Bevölkerung.



Mit unserer international vielbeachteten Digitalen Kompetenzoffensive sorgen wir dafür, dass digitale Kompetenzen in allen Regionen und Gemeinden gebildet und gestärkt werden.

Wichtig ist und bleibt für uns in Österreich dabei der europäische Rahmen. Im globalen Wettbewerb ist ein auch digital starkes Europa wichtiger denn je. Unsere Digitalpolitik orientiert sich daher am Rahmen der „Digitale Dekade“ der Europäischen Union. Der Vergleich zeigt: In vielen Bereichen ist der Digitalstandort Österreich bereits überdurchschnittlich erfolgreich. In anderen Bereichen müssen wir unsere Potenziale noch besser nutzen. Wir werden das gemeinsam tun – mit den vielen motivierten Akteurinnen und Akteuren der Digitalisierung in Österreich, die in einem starken Netzwerk mehr für erfolgreiche Digitalisierung bewegen.

**Alexander Pröll, LL.M.**

**Staatssekretär für Digitalisierung,**

**Verfassung, öffentlichen Dienst, Koordinierung  
und Kampf gegen Antisemitismus**

**„Digitale Transformation gelingt, wenn wir europäische Technologien mutig nutzen, Menschen gezielt befähigen und Europa als starken gemeinsamen Rahmen verstehen.“**

**„Erfolgreiche Digitalisierung gelingt nur gemeinsam – durch strategische Kooperationen, userzentrierte Services und ein starkes Miteinander von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.“**



Der Österreichische Digitalisierungsbericht 2024 widmet sich aus guten Gründen den Akteurinnen und Akteuren der Digitalisierung und ihrer Zusammenarbeit: Erfolgreiche Digitalisierung braucht strategisch fundierte Kooperationen und das abgestimmte Zusammenwirken relevanter Akteurinnen und Akteure. Nur gemeinsam können wir die digitale Transformation so gestalten, dass ganz Österreich davon profitiert. Die Digital Austria Governance mit ihrer Ressort-, Länder- und Stakeholder-übergreifenden Zusammenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte, die wir stärken und weiterentwickeln wollen.

Besonders wichtig ist, dass Digitalisierung im Dienst der Menschen erfolgt und digitale Anwendungen konsequent userzentriert ausgestaltet sind. Die Bürgerinnen und Bürger fordern etwa zurecht weniger Bürokratie und Zettelwirtschaft – dafür aber sichere und schnelle Ergebnisse. Digitale Services sollen sicher, einfach und kompetent genutzt werden können. Mit unseren praktischen One-Stop-Portalen sind wir in Europa bereits Vorreiter – und wollen in allen Lebenslagen und grenzübergreifend für Bürgerinnen und Bürger sowie für Betriebe dafür sorgen, dass öffentliche Services einfach und sicher zugänglich sind. Öster-

reich ist im E-Government-Benchmark auch bei der Cybersicherheit von digitalen Verfahren und Services führend.

Damit wir unsere Stärken zum Nutzen Österreichs und seiner Bürgerinnen und Bürger ausbauen können, braucht es mehr denn je die Kooperation aller Akteurinnen und Akteure der Digitalisierung in Österreich – vom Bund über die Länder und Städte bis zu den Gemeinden. Der vorliegende Digitalisierungsbericht 2024 zeigt, dass wir dabei auf einem sehr guten Weg sind.

**Mag. Wolfgang Ebner**  
Chief Digital Officer (CDO) des Bundes

**„Menschen in der  
Verwaltung und bei  
deren Partnern sind  
die Bauleute am  
Digital-Standort  
Österreich.“**



Wer macht Digitalisierung? Dieser Frage gehen wir im Digitalisierungsbericht 2024 nach. Wir holen einige Player vor den Vorhang.

Der Bericht beleuchtet strategische Schwerpunkte wie künstliche Intelligenz, Datenhoheit, Cloud-Lösungen und digitale Souveränität. Er dokumentiert, wie innovative Projekte – von der KI-Sandbox in Salzburg bis zum digitalen Beschussamt – in der Praxis umgesetzt werden. Vom An- und Vordenken eines „Bundessprachmodells“ über die Phase 1 der Plattform „Datenraum Kärnten“ bis zu Kompetenzaufbauarbeit „Digital Überall“. Mit Digital-Dolmetscherinnen und -Dolmetscher wird deutlich: Kooperation und Partner- und Partnerinnenschaften sind der Schlüssel.

Dieser Digitalisierungsbericht 2024 ist mithin also eine Teamleistung und ein kleiner Einblick in das große Digitalisierungsnetzwerk der Republik. Jeder Handgriff, jede kleine Entscheidung, jedes Abstimmungsmeeting, jedes Pilotprojekt; Menschen in der Verwaltung und bei deren Partnern sind die Bauleute am Digital-Standort Österreich.

**Joachim Tischler**  
Stellvertretender Chief Digital Officer (CDO)  
des Bundes

## Inhalt

<b>Internationaler Vergleich: Gemeinsam erfolgreicher</b>	<b>12</b>
<b>Zahlen, Daten &amp; Fakten zu digitalen Services</b>	<b>14</b>
<b>Das digitale Ökosystem der Verwaltung in Österreich</b>	<b>18</b>
<b>Digitalisierung erfolgreich „dolmetschen“</b>	<b>22</b>
<b>„Unser Wohlstand hängt von digitaler Innovation ab“</b>	<b>25</b>
<b>Tätigkeitsbericht CDO-Taskforce 2024: Gemeinsam Digitalisierung gestalten</b>	<b>28</b>
<b>Akteurinnen und Akteure im Bund</b>	<b>31</b>
<b>Bundeskanzleramt</b> Kooperationen mit Mehrwert	<b>32</b>
<b>Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus</b> Digitaler Innovationsschub für Wirtschaft und Verwaltung	<b>34</b>
<b>Bundesministerium für Bildung</b> Digitale Plattform für Bildung	<b>36</b>
<b>Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung</b> Digitale Allianzen & Shared Services an Hochschulen	<b>38</b>
<b>Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten</b> Daten als strategische Ressource gemeinsam nutzen	<b>40</b>
<b>Bundesministerium für Inneres</b> Sicher, effizient und professionell	<b>42</b>
<b>Bundesministerium für Justiz</b> Mit vereinten Kräften zur digitalen Justiz	<b>44</b>
<b>Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz</b> Digitale Lösungen für Soziales und Gesundheit	<b>46</b>
<b>Bundesministerium für Finanzen</b> Innovative Zusammenarbeit als Motor der Digitalisierung	<b>48</b>

<b>Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur</b> Gemeinsam digital für Umwelt, Mobilität und Innovation	50
<b>Bundesministerium für Landesverteidigung</b> Gemeinsam sicher – sicher gemeinsam	52
<b>Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft</b> Natürlich gemeinsam	54
<b>Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport</b> Digitale Teamarbeit	56
<b>Beitrag der Länder</b>	<b>59</b>
<b>Burgenland</b> Digitaler Sprung nach vorn	60
<b>Kärnten</b> Digitalisierungsschub für erneuerbare Energie	62
<b>Niederösterreich</b> Digitalisierung als Teamaufgabe	64
<b>Oberösterreich</b> Innovation & Change im Team	66
<b>Salzburg</b> Praxiserfahrung für Digitalisierung nutzen	68
<b>Steiermark</b> Vernetzt und effizient	70
<b>Tirol</b> Gemeinsam für digitale Weiterentwicklung	72
<b>Vorarlberg</b> Gemeinsam schneller zum Erfolg	74
<b>Wien</b> Wiener Lebensqualität im digitalen Raum	76
<b>Digitalisierung braucht kommunale Zusammenarbeit</b>	<b>78</b>
<b>Gemeinsame statt einsame Lösungen</b>	<b>80</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>83</b>

# Internationaler Vergleich: Gemeinsam erfolgreicher

Die gezielte Zusammenarbeit von Akteurinnen und Akteuren der Digitalisierung wirkt: Österreich hat sich 2024 im internationalen Vergleich in wichtigen Handlungsfeldern erfolgreich weiterentwickelt.

## Kompetenzen, Technologien, künstliche Intelligenz: Klare Verbesserung

Österreich punktet in internationalen Digitalisierungsvergleichen vor allem in den Themenfeldern digitale Kompetenzen, Halbleitererzeugung, Quantentechnologie und mobiles Breitband (5G). Überdurchschnittlich ist die Entwicklung bei der KI-Nutzung durch Unternehmen: Sie hat sich zwischen 2023 und 2024 von 10,8% auf 20,3% nahezu verdoppelt. Zum Vergleich: Der EU-Schnitt bei der Nutzung von KI-Technologien durch Unternehmen lag 2024 bei 13,5%.

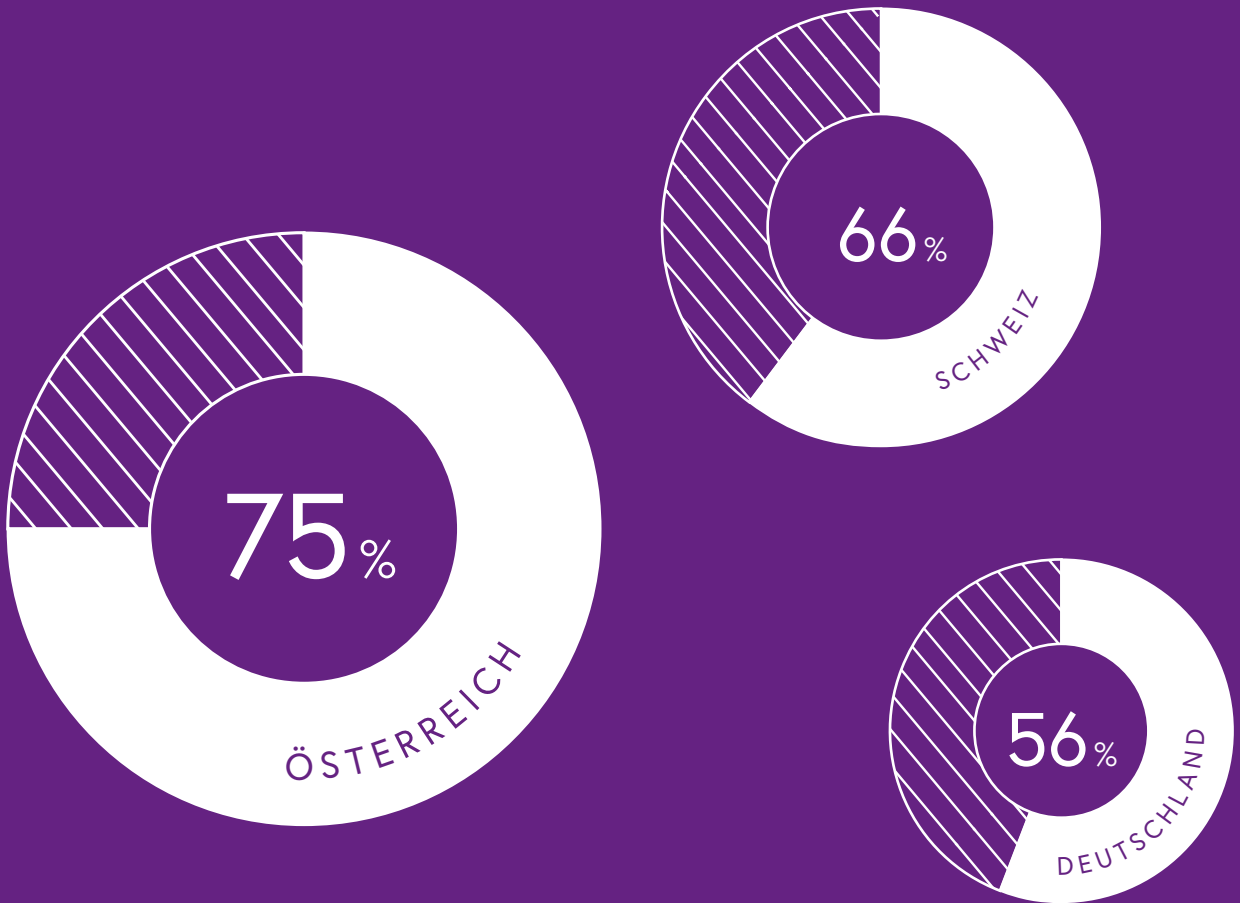
## E-Government: Führend in Europa

Der E-Government Benchmark 2025 bestätigt: Österreich gehört zu den führenden Ländern in Europa. Mit 83 Punkten liegt Österreich im wichtigsten E-Government-Vergleich der EU auf Platz 7 und deutlich über dem EU-Durchschnitt (74,5 Punkte). Besonders erfolgreich schneidet Österreich in folgenden Bereichen ab:

- mobile Nutzerfreundlichkeit der Services (98,8 Punkte)
- Hilfe bzw. Unterstützung bei der Nutzung (93,7 Punkte)
- grenzüberschreitende elektronische Zahlungen (100 Punkte)

### E-Government Nutzung:

Österreich lag 2024 bei der Nutzung von E-Government-Services mit 75 Prozent vor der Schweiz mit 66 und Deutschland mit 56 Prozent. Die Republik verzeichnet damit einen Anstieg von 19 Prozent gegenüber 2022.



### Digitale Services: Top-Werte

Auch bei der grenzüberschreitenden Nutzung der eID und im Themenfeld „vorausgefüllte Formulare“ gab es klare Verbesserungen. Die höchsten Werte erzielt Österreich bei digitalen Services rund um die Bereiche „Umzug“, „Geschäftsbetrieb“ und „Unternehmensgründung“.

### E-Government-Nutzung im D-A-CH-Vergleich: Platz 1 für Österreich

Im Bereich der E-Government-Nutzung liegt Österreich laut E-Government MONITOR 2024 auf Platz 1 im D-A-CH-Vergleich. 75% der befragten Österreicherinnen und Österreicher nutzten in den letzten zwölf Monaten E-Government-Angebote. In der Schweiz waren es 66%, in Deutschland 56%. Vor allem bei der mobilen Nutzung von E-Government-Angeboten gab es eine deutliche Steigerung. Österreich liegt auch hier mit 61% vor Deutschland mit 59% und der Schweiz mit 48%.

# Zahlen, Daten & Fakten zu digitalen Services

## Digitales Amt: Boom bei Downloads



### Digitales Amt Downloads

2023

**1.120.701**

2024

**3.768.972**

(vom 1.1.2024 bis 31.12.2024: 1.142.595)

Steigerung über

**200 %**

Die App erlebt einen starken Aufschwung: Mit 236 % mehr Downloads im Vergleich zum Vorjahr können Nutzerinnen und Nutzer das Leistungsprofil von oesterreich.gv.at jetzt noch leichter und bequemer nutzen.



# ID Austria Registrierungen: Starker Zuwachs



## ID Austria Registrierungen

2023 **2.002.962**

2024 **2.657.716**

**200**

Behördenwege

**400**

Dienste

Die Anzahl der Registrierungen bei ID Austria ist von 2023 auf 2024 deutlich gestiegen, was einem Zuwachs von rund 33% entspricht und zeigt, dass immer mehr Menschen die digitale Identität für eine komfortable Nutzung der Online-Dienste von [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at) wählen.

# eAusweise: Einfach komfortabel



## eAusweise Downloads

2023 **1.066.332**

2024 **1.806.288**

**+ 69 %**

Die Downloads der App eAusweise stiegen von 1,07 Mio. (2023) auf 1,81 Mio. (2024) – ein Plus von 69%. Das zeigt den schnellen Erfolg von ID Austria sowie den weiteren Services.

# Reisepass: Uploads und Nutzung Erinnerungsservice stark gestiegen

## Reisepass-Uploads

2023

**201.208**


2024

**508.418**

## IDR-Nutzende

2023

**153.082**


2024 (Erinnerungsservice)

**421.427**

Mit ID Austria können Bürgerinnen und Bürger ihre Reisepässe und Personalausweise digital im Identitätsdokumentenregister (IDR) speichern. Das System erinnert automatisch rechtzeitig daran, wenn ein Dokument bald abläuft.

# Unternehmensserviceportal: 140+ Services



## Registrierte Unternehmen

2023

**605.428**

2024

**669.955**
**+11%**

Das Unternehmensserviceportal (USP) ist die zentrale Onlineplattform Österreichs für Unternehmen und Verwaltung. Es ermöglicht medienbruchfreie Verwaltungsprozesse, den Zugang zu über 140 Online-Services und stellt vertrauenswürdige digitale Unternehmensidentitäten bereit, wodurch Aufwand reduziert, Datenqualität erhöht und ein sicherer Zugang zur digitalen Verwaltung geschaffen wird.

## eZustellung: Sicher und vertraulich



Die eZustellung: Alle behördlichen Zustellungen landen digital in „Mein Postkorb“, für Unternehmen im USP und für Bürgerinnen und Bürger in [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at) abrufbar. Mit jeder elektronischen Zustellung spart die Verwaltung 97% der Kosten einer postalischen Zustellung ein, viele Millionen Euro jährlich. Der Empfang ist sicher, vertraulich, Spam-frei, jederzeit und ortsunabhängig möglich, und kostenlos.

### Anwender gesamt

2023

900.000

2024

1.700.000

Steigerung

90 %

### Davon Bürgerinnen und Bürger

2023

360.000

2024

1.100.000

Steigerung

200 %

# Das digitale Ökosystem der Verwaltung in Österreich

Die erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung braucht strategisch fundierte Kooperationen und ein wirkungsvolles Zusammenwirken relevanter Akteurinnen und Akteure. Österreich hat 2024 sein digitales Ökosystem für die Verwaltung gezielt ausgebaut – vom KI-Beirat bis in die Gemeinden.

Digitalisierung ist eine komplexe Querschnittsmaterie – und damit in der Ausgestaltung und im Management für die Verwaltung besonders fordernd. Schließlich basiert die öffentliche Verwaltung stets auf klar geregelten Zuständigkeiten und eindeutig abgegrenzten Kompetenzbereichen. Um digitale Weiterentwicklung dennoch gemeinsam gestalten und forcieren zu können, hat Österreich eine moderne Steuerungs- und Kooperationsstruktur entwickelt. Sie ist überaus effektiv – und stößt auch international auf großes Interesse. So basiert auch die erfolgreiche „Digitale Kompetenzoffensive“ auf diesem digitalen Ökosystem der Verwaltung. Die Initiative überzeugte 2024 beim renommierten „eGovernment-Wettbewerb“ von BearingPoint und Cisco die Jury und belegte in der Kategorie „Verwaltungstransformation“ den 1. Rang. Wer sind also die zentralen Akteurinnen und Akteure für die erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung? Und wie wirken sie zusammen?

## Die Digitalisierungssektion im Bundeskanzleramt: Planung und Koordination

Die Digitalisierungssektion im Bundeskanzleramt (Sektion VII) koordiniert und forciert auf Basis des Regierungsprogramms die gesamtstaatliche digitale Transformation Österreichs. Sie arbeitet dabei mit hochqualifizierten Expertinnen und Experten für Digitalisierung und E-Government zusammen. Ergebnisse sind u. a. fundierte Strategien und Arbeitsprogramme, wie der Digital Austria Act und der Digitale Aktionsplan mit seinen Teilstrategien. Die Sektion forciert E-Government und M-Government in Österreich: Sie koordiniert die Weiterentwicklung innovativer digitaler Plattformen wie „oesterreich.gv.at“ oder das Unternehmensserviceportal (USP), die Amtswege vereinfachen und staatliche Leistungen rund um die Uhr zugänglich machen. Die Sektion VII realisiert und koordiniert mit ihrem Chief Digital Officer (CDO) des Bundes ressortübergreifende IT-Projekte und die IT-Konsolidierung im Bund. Sie vertritt auch Österreichs Interessen in der EU und in internationalen IKT- und E-Government-relevanten Gremien.

## Die CDO-Taskforce: Abstimmung und Optimierung

Um Innovations- und Digitalisierungsthemen zwischen den Ministerien zu koordinieren, wurde in jedem Ressort ein Chief Digital Officer (CDO) etabliert. Im Rahmen der gemeinsamen CDO-Taskforce unter Leitung des CDO des Bundes stimmen die CDOs Digitalisierungsmaßnahmen ab und optimieren die Umsetzung. Die Aufgaben der CDO-Taskforce umfassen auch die ressortübergreifende Koordination geltender IT-Richtlinien, die Definition einheitlicher Vorgehensweisen bei Digitalisierungsprojekten sowie die Steuerung und das Monitoring der Digitalisierungsmaßnahmen der Bundesregierung.

## Die Bund-Länder-Städte-Gemeinden-Kooperation: Gemeinsam für ganz Österreich

Für föderal organisierte Staaten wie Österreich sind dezentrale Strukturen und Zuständigkeiten eine besondere Herausforderung im E-Government. Österreich hat dafür auf Basis einer gemeinsamen E-Government-Strategie eine moderne Governance-Struktur entwickelt. Im Zentrum steht die Bund-Länder-Städte-Gemeinden-Kooperation (BLSG-Kooperation): Organisatorische, rechtliche und technische Standards entstehen in einem gemeinsamen Entwicklungsprozess und sind die Grundlage für die Umsetzung von generischen Basisdiensten sowie spezifischen E-Government-Lösungen. Mitglieder der Plattform sind Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder, des Gemeinde- und Städtebundes, der Wirtschaft, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der freien Berufe. Arbeitsgruppen beschäftigen sich laufend mit Infrastruktur und Interoperabilität, mit der zentralen Integration der stets wachsenden Datenmengen, mit Recht und Sicherheit sowie mit Barrierefreiheit, intuitiver Bedienbarkeit und dem Wiedererkennungswert der angebotenen E-Government-Dienste. Die E-Government-Kooperation BLSG zählt mit dem IKT-Bund zu den wesentlichen Koordinationsgremien der digitalen Verwaltung in Österreich.

## Das IKT-Bund-Gremium: Strategie und Standards

Das Gremium IKT-Bund berät den Bundeskanzler in allgemeinen Angelegenheiten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) bei der Besorgung ressortübergreifender IKT-Koordinationsaufgaben. Es bereitet u. a. die Durchführung von strategischen Initiativen, die Erarbeitung bzw. Beurteilung von Projektansätzen sowie die Definition und Festlegung von Standards, Schnittstellen und Spezifikationen vor.

## Die Beiräte: Expertise für die Zukunft

Die Digitalisierung der Verwaltung erfolgt in Österreich unter laufender Einbindung externer Expertinnen und Experten sowie Stakeholder. Dafür wurden entsprechende Beratungsgremien und Boards eingerichtet, wie etwa für die Digitale Kompetenzoffensive, die zudem mit einer Geschäftsstelle „Digitale Kompetenzen“ ausgestattet wurde. 2024 wurde ein KI-Beirat der Bundesregierung zur Beratung der Bundesregierung in allen Fragen zur künstlichen Intelligenz eingerichtet. Der Beirat beschäftigt sich mit den Potenzialen, Herausforderungen, Risiken und Auswirkungen der Anwendung von künstlicher Intelligenz. Das Gremium besteht aus elf Mitgliedern, die über ausgezeichnete Kenntnisse in den Bereichen Ethik, Forschung, Ökonomie, Recht oder Technik verfügen. Operativ unterstützt wird der KI-Beirat durch die RTR (Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH), bei der auch die KI-Serviceestelle angesiedelt ist.

## Das Bundesrechenzentrum: Technologie und Lösungen

Das Bundesrechenzentrum (BRZ) ist zentraler technologischer Umsetzungspartner für die digitale Transformation der Verwaltung. Es steht zu 100 % im Eigentum der Republik. Der marktführende Technologiepartner des öffentlichen Sektors in Österreich setzt für die Weiterentwicklung der Verwaltung modernste Technologien, wie Big Data, KI, Blockchain und Robotics, ein. Als Full-Service-Provider entwickelt, betreibt das BRZ flexible, automatisierte IT-Lösungen, die höchsten Sicherheitskriterien entsprechen.

## Die Partnerinstitutionen: Kompetenz für alle Fälle

Zur Umsetzung digitalpolitischer Ziele sind zahlreiche institutionelle Partner eingebunden und damit Teil des digitalen Ökosystems Österreichs. Die Bandbreite reicht dabei von der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), die einschlägige Förderprogramme entwickelt und umsetzt, bis zu Anbietern der Erwachsenenbildung, die digitale Kompetenzen stärken und den nationalen Referenzrahmen für digitale Kompetenzen nutzen und verbreiten.

## Die Digital-Dolmetscher: Digital vor Ort

2024 wurden in Österreich auf Initiative des Bundeskanzleramts sogenannte „Digital-Dolmetscher“ ernannt. Im Rahmen der „Digitalen Kompetenzoffensive“ organisieren die Digital-Dolmetscher auf kommunaler Ebene Fortbildungen und Beratungen für die Bevölkerung. Sie sollen auch künftig in den Gemeinden eine wichtige Drehscheibe für digitale Weiterbildung sein. Mit dem 2024 beschlossenen Digitalisierungs-Gemeindepaket werden die Gemeinden als Anlaufstelle zu Digitalisierungsthemen gezielt unterstützt: Gemeinden, die als Registrierungsstelle der ID Austria zur Verfügung stehen oder Digital-Dolmetscher nominieren, profitieren vom insgesamt 120 Millionen Euro starken Gemeindepaket.

## Die Europäische Union: Mit Europa digital erfolgreich

Österreichs Digitalpolitik ist fest in Europa verankert. Alle Aktivitäten zur digitalen Transformation, auch der Verwaltung, orientieren sich am Rahmen, den das EU-Programm „Digitale Dekade“ formuliert. Österreich setzt die Ziele der Digitalen Dekade strategisch fundiert um. In vielen Bereichen ist der Digitalstandort Österreich bereits überdurchschnittlich erfolgreich, etwa bei E-Government, Mobilfreundlichkeit der digitalen öffentlichen Dienste, digitalen Kompetenzen, KI-Einsatz in Unternehmen oder beim Zugang zur elektronischen Patientenakte und zur sicheren elektronischen Identität. Potenziale bestehen u. a. bei weiteren Effizienzsteigerungen und Einsparungspotenzialen durch moderne E-Government-Services, bei der Steigerung der Innovationskraft der Unternehmen durch Nutzung digitaler Technologien, bei der Bereitstellung grenzüberschreitender Services, der besseren Datennutzung (z. B. für „vorbefüllte Formulare“) oder der Cloud-Nutzung / Data Analytics und dem Glasfaserausbau.



# Digitalisierung erfolgreich „dolmetschen“

Zu wichtigen Akteuren der Digitalisierung in Österreich haben sich 2024 die „Digital-Dolmetscherinnen und -Dolmetscher“ entwickelt. Mit der Koordination der kostenlosen „Digital Überall“-Workshops sorgen sie dafür, dass Digitalisierungswissen niederschwellig in den österreichischen Gemeinden vermittelt werden kann. Stellvertretend für bereits rund 360 Digital-Dolmetscherinnen und -Dolmetscher in ganz Österreich berichten zwei von ihrer Tätigkeit.

## „Nutzen für die Gemeinde ist enorm“



Vizebürgermeisterin Mag. Miriam Birngruber ist Digital-Dolmetscherin der Stadtgemeinde Bad Leonfelden.

**Ihre Stadtgemeinde Bad Leonfelden war die erste, die einen „Digital Überall“-Workshop für eine Gemeinde in Österreich gebucht hat. War das sehr kompliziert?**

**Birngruber:** Es war eine sehr rasche und problemlose Durchführung ohne jegliche Schwierigkeiten oder Nachfragen. Die Buchung der drei gewünschten Workshops verlief dann sehr rasch und ohne technische Probleme. Bereits am nächsten Tag nach der Buchung erhielt ich Anrufe von den Workshopanbietern. Es war wirklich beeindruckend, wie gut die Kommunikation und Organisation funktioniert haben.

**Was bedeutet diese Initiative für Ihre Gemeinde?**

**Birngruber:** Im Namen der Stadtgemeinde Bad Leonfelden möchte ich mich herzlich für diese tolle Initiative bedanken, die unseren Bürgerinnen und Bürgern ein leichteres und sichereres Leben im digitalen Alltag ermöglicht. Es ist großartig zu sehen, wie solche Angebote den digitalen Kompetenzen unserer Gemeinschaft zugutekommen.

### Was ist Ihre Empfehlung für Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger digital fitter machen wollen?

**Birngruber:** Ich kann nur empfehlen, sich schnell zu registrieren und die Workshops zu buchen. Der Prozess ist unkompliziert, die Unterstützung hervorragend und der Nutzen für die Gemeinde enorm. Es ist eine großartige Gelegenheit, die digitale Kompetenz zu fördern und somit das Leben vieler Menschen zu erleichtern. Jede Gemeinde sollte diese Chance nutzen.

## „Wichtige Initiative“



Michael Fälbl ist „Digital-Dolmetscher“ der Gemeinde Schwechat.

### Wie sind die „Digital Überall“-Workshops in Schwechat bei den Zielgruppen angekommen?

**Fälbl:** Die Workshops sind eine gute Gelegenheit, um erste digitale Kompetenzen aufzubauen. Gerade für Gruppen, die tendenziell noch wenig Erfahrung im Umgang mit Technologie haben, können die Workshops den Einstieg in digitale Themen erleichtern. Insbesondere bei älteren Menschen sind die Workshops gut angekommen. In Schwechat wurde sogar eine Gruppe selbst aktiv, um Workshops zu organisieren.

### Welche Themen werden besonders nachgefragt?

**Fälbl:** Bei uns werden vertiefende Workshops, z. B. zu Security, stärker nachgefragt. Viele Menschen konnten bereits Erfahrungen mit digitalen Technologien sammeln, die Pandemie hat Berührungspunkte stark reduziert. Sie wollen sich nun zu spezifischen Themen weiterbilden. Abgesehen davon ist natürlich die „künstliche Intelligenz“ in aller Munde. Wie man KI nutzen kann, wie man sie erkennen kann, was Chancen und Gefahren sind – diese Themen stoßen auf Resonanz.

### Wie bewerten Sie das „Digital Überall“-Workshop-Programm generell, wie hat die Zusammenarbeit funktioniert?

**Fälbl:** Das Workshop-Programm ist eine wichtige Initiative. Um digitale Kompetenzen aufzubauen, ist es notwendig, die Angebote in den österreichischen Regionen auszubauen, gerade auch im weniger urbanen Raum. Es ist dabei eine besondere Herausforderung, die Bevölkerung auch zu erreichen. Die Digital-Dolmetscherinnen und -Dolmetscher sind ein Schritt in die richtige Richtung. Lokale Ansprechpersonen, die auch im jeweiligen Ort leben und aktiv sind, können ein guter Hebel sein, etwa um Gruppen anzusprechen oder um Vereinspartnerschaften aufzubauen. Diesbezüglich könnte man die Initiative in verschiedene Richtungen erweitern. Die zentrale Buchungsmöglichkeit für Workshops wurde gut umgesetzt.

### Was sind Ihre nächsten Vorhaben als Digital-Dolmetscher?

**Fälbl:** Es gibt neue Workshop-Reihen in der „Digital Überall“-Initiative. Diese bestehen aus mehreren Einheiten und sollen die vertiefende Behandlung eines Themenfeldes ermöglichen. Ich werde den Bedarf nach einer solchen Workshop-Reihe in Schwechat erheben und gegebenenfalls eine solche umsetzen.

## Digital-Dolmetscher: Zahlen & Fakten

- Das „Digital Überall“-Workshop-Programm bringt seit 2024 insgesamt 6.000 Workshops zu den Themen Digitale Seniorinnen- und Seniorenbildung, Digitale Amtswege, Sicherheit im Internet, Leben mit zunehmender Digitalisierung sowie künstliche Intelligenz.
- Die Workshops werden von dafür nominierten „Digital-Dolmetscherinnen und -Dolmetschern“ der Gemeinden mit Unterstützung der OeAD-Geschäftsstelle „Digitale Kompetenzen“ organisiert. Sie wählen mit Blick auf relevante Zielgruppen vor Ort Workshop-Themen aus, vereinbaren Termine mit Bildungsanbietern, organisieren den Veranstaltungsort und kommunizieren das Workshop-Angebot mit bereitgestellten Materialien. Ende 2024 gab es bereits 356 Digital-Dolmetscherinnen und Digital-Dolmetscher.
- Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops sind laut Evaluierung ausgezeichnet: 78% der Digital-Überall-Teilnehmenden zeigten sich sehr zufrieden mit den Workshops, weitere 16% eher zufrieden.
- „Digital-Dolmetscher“ können, müssen aber nicht, Teil des Gemeindeamts oder des Gemeinderats sein. Für die Tätigkeit ist keine spezifische Ausbildung notwendig. „Digital-Dolmetscherinnen und -Dolmetscher“ werden auch weiterhin eine zentrale Rolle für digitale Kompetenzen auf kommunaler Ebene spielen.

# „Unser Wohlstand hängt von digitaler Innovation ab“

Europa soll nicht nur bei der Regulierung, sondern auch technologisch und industriell eine führende Rolle übernehmen: Roberto Viola, Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikation, Netze, Inhalte und Technologien (CONNECT) der Europäischen Kommission, spricht über Ziele und Perspektiven der europäischen Zusammenarbeit.

**Erfolgreiche digitale Transformation ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zukunftsentscheidend. Welche Effekte sind von der ambitionierten Umsetzung der Digitalen Dekade für Europa und dessen Mitglieder zu erwarten? Wie realistisch sind unsere Chancen, im globalen Wettbewerb aufzuholen?**

**Viola:** Die Digitale Dekade gibt eine gemeinsame Richtung für Europas digitale Transformation vor, mit ehrgeizigen Zielen in Bereichen wie Infrastruktur, Kompetenzen, öffentlichen Diensten und der Digitalisierung von Unternehmen.

Die Umsetzung nationaler strategischer Fahrpläne, wie etwa in Österreich, sorgt dafür, dass die Mitgliedstaaten abgestimmt vorgehen, sich zu konkreten Fortschritten verpflichten und zugleich flexibel auf nationale Gegebenheiten reagieren können. Bereits jetzt zeigen sich positive Effekte: Die 5G-Abdeckung in der EU steigt kontinuierlich, die Digitalisierung öffentlicher Dienste schreitet voran und der Einsatz von künstlicher Intelligenz sowie Cloud-Technologien nimmt zu. Österreich ist

ein Beispiel für diese Dynamik, mit einer nahezu vollständigen 5G-Abdeckung und einer starken Leistung in Bereichen wie der Einführung von KI und digitalen öffentlichen Dienstleistungen für Unternehmen.

Der nächste Schritt besteht darin, die flächendeckende Einführung von eigenständigen 5G-Netzen voranzutreiben, ein wichtiges Ziel, das neue Möglichkeiten für Unternehmen und Industrie eröffnen wird. Es ist realistisch, den Rückstand im globalen Wettlauf aufzuholen, wenn wir den Fokus konsequent beibehalten. Der europäische Ansatz hebt sich dadurch hervor, dass er die digitale Transformation auf gemeinsamen Werten wie Inklusion, Sicherheit, Fairness und Nachhaltigkeit aufbaut. Europas Führungsrolle bei der Festlegung globaler Standards, von der Daten-Governance bis zur Regulierung künstlicher Intelligenz, verschafft uns einen klaren Vorteil.

Um diesen zu sichern, müssen wir weiter investieren, bestehende Fragmentierungen überwinden und Innovationsökosysteme gezielt

## „Österreich ist ein Beispiel für diese Dynamik, mit einer nahezu vollständigen 5G-Abdeckung und einer starken Leistung in Bereichen wie der Einführung von KI und digitalen öffentlichen Dienstleistungen für Unternehmen.“

fördern. Die Initiative „KI-Fabriken“ ist Teil des KI-Innovationspakets und soll dazu beitragen, Europa zu einem echten „KI-Kontinent“ zu machen. Sie bringt Rechenleistung, Daten und Talente zusammen, um vertrauenswürdige und hochmoderne KI-Lösungen zu entwickeln, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Behörden. Das gemeinsame Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (European High Performance Computing Joint Undertaking – EuroHPC<sup>1</sup>) hat gezeigt, wie Europa wieder an Boden gewinnen kann. Dieses Modell sollten wir auch für künstliche Intelligenz, Cloud-Technologien, digitale Kompetenzen und Weltraumkonnektivität anwenden. Wir brauchen verstärkte Investitionen in souveräne Technologien, um Abhängigkeiten zu verringern und unsere digitale Zukunft selbstbestimmt zu gestalten.

**Welche Rolle kann und soll der öffentliche Sektor für eine erfolgreiche digitale Transformation spielen? Welche Rolle spielt die öffentliche Hand generell für vertrauenswürdige digitale Lösungen in einer Zeit, in der Cyberkriminalität und hybride Attacken immer mehr zunehmen?**

**Viola:** Der öffentliche Sektor ist ein Eckpfeiler des digitalen Wandels in Europa. Er kann mit gutem Beispiel vorangehen, indem er Spitzentechnologien einführt und hochwertige, nutzerorientierte öffentliche Dienste schafft, die Vertrauen in digitale Werkzeuge stärken. Österreichs Initiativen im

Bereich der digitalen Justiz und im eHealth-Sektor sowie der flächendeckende Ausbau einer sicheren elektronischen Identität (eID) zeigen, wie der öffentliche Sektor Transformation aktiv vorantreiben kann. Ein wichtiger nächster Schritt ist die bevorstehende Einführung der EU-Brieftasche für die digitale Identität (European Digital Identity Wallet). Sie wird Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres und interoperables Werkzeug bieten, mit dem sie in der gesamten Europäischen Union Zugang zu öffentlichen und privaten Diensten erhalten. So werden Vertrauen und Nutzerfreundlichkeit im digitalen öffentlichen Raum gestärkt. Gleichzeitig geht die Verantwortung öffentlicher Institutionen über die reine Erbringung von Dienstleistungen hinaus.

In einer Zeit zunehmender Cyberbedrohungen und gezielter Informationsmanipulation müssen öffentliche Institutionen auch als verlässliche Hüter digitaler Sicherheit und demokratischer Resilienz auftreten. Das erfordert eine starke Cybersicherheitsinfrastruktur, den Schutz der digitalen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die gezielte Förderung von Medienkompetenz. Österreichs ressortübergreifender Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation und der gezielte Fokus auf inklusive Programme zur Förderung digitaler Kompetenzen, insbesondere für benachteiligte Gruppen, zeigen beispielhaft, wie Regierungen den digitalen Raum schützen und gleichzeitig ihre Bevölkerung stärken können.

1 EuroHPC ist ein gemeinsames Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen. Die Initiative von EU, Mitgliedstaaten und privaten Partnern verfolgt das Ziel, ein leistungsstarkes Rechenökosystem in Europa aufzubauen, technologische Souveränität zu sichern und Fortschritt in Forschung, Industrie und künstlicher Intelligenz zu ermöglichen. Weiterführende Informationen unter <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/high-performance-computing-joint-undertaking>.

**Schlüsselfaktoren für digitale Transformation sind ausreichende Infrastrukturen – von Breitband-Verbindungen bis zu Cloud-Technologien – und digitale Kompetenzen in der Bevölkerung sowie im Bereich der IT-Expertinnen und -Experten. Welche Möglichkeiten der Kooperation zur Stärkung digitaler Infrastrukturen und Kompetenzen sehen Sie für die Zukunft?**

**Viola:** Konnektivität und digitale Kompetenzen zählen zu den zentralen Triebkräften der Digitalisierung. Konnektivität bildet heute ein nahtlos verbundenes System, das von Unterseekabeln und sicherer, weltraumgestützter Kommunikation bis hin zu mobilen und festen Netzwerken auf dem Boden reicht. Im Bereich der digitalen Kompetenzen müssen wir Hunderte Milliarden Euro mobilisieren, um die dringend benötigten IKT-Fachkräfte auszubilden. Die Herausforderung ist so groß, dass kein Mitgliedstaat sie allein bewältigen kann. Europäische Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility), das Programm „Digitales Europa“ und die Connecting Europe Facility (CEF) bieten wichtige Möglichkeiten für gemeinsame Investitionen. Darüber hinaus braucht es jedoch eine intensivere Zusammenarbeit und gebündelte Anstrengungen über Mitgliedstaaten, Verwaltungsebenen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hinweg. Initiativen wie die „Digital Skills and Jobs Platform“ der EU, der Best-Practice-Accelerator der Digitalen Dekade, die Europäischen Digitalen Innovationszentren (EDIH) sowie das neue Europäische Konsortium für digitale Infrastruktur (EDIC) spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Österreichs Beteiligung an diesen Plattformen, kombiniert mit nationalen Programmen, kann den Fortschritt beschleunigen und gleichzeitig eine enge Ausrichtung auf die EU-Prioritäten sicherstellen.

Das Beispiel Österreich zeigt sowohl die Fortschritte als auch bestehende Lücken: Der 5G-Ausbau ist stark, digitale Kompetenzen nehmen zu. Gleichzeitig gibt es beim Glasfaserausbau und der Cloud-Nutzung, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, noch Nachholbedarf.

**Was wird die EU tun, um Europa als gemeinsamen Forschungs- und Innovationsstandort rund um digitale Technologien und künstliche Intelligenz zu stärken? Was erwarten Sie sich von den AI-Factories?**

**Viola:** Der zukünftige Wohlstand Europas hängt davon ab, wie gut wir bei der digitalen Innovation vorankommen. Daher investiert die EU in strategisch wichtige Technologien wie künstliche Intelligenz, Halbleiter, Quantencomputing und Cybersicherheit. Die Initiative „KI-Fabriken“ unterstützt das Ziel, Europa zu einem echten „KI-Kontinent“ zu machen. Im Rahmen des KI-Innovationspakets der EU bündeln diese Zentren Rechenleistung, Daten und Talente, um die Entwicklung und Anwendung vertrauenswürdiger künstlicher Intelligenz voranzutreiben, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie für öffentliche Stellen. Neben den KI-Fabriken tragen auch das Chips Joint Undertaking, EuroHPC und die Europäischen Datenräume dazu bei, das europäische Innovationsökosystem zu stärken und technologische Abhängigkeiten zu verringern. Diese Initiativen zeigen, wie Europa Ressourcen bündeln und Maßnahmen gezielt koordinieren kann, um wissenschaftliche Exzellenz in konkrete Anwendungen überzuführen. Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt maßgeblich von der kontinuierlichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ab. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Europa nicht nur in der Regulierung, sondern auch technologisch und industriell eine führende Rolle übernimmt.

**„Österreichs Initiativen im Bereich der digitalen Justiz und im eHealth-Sektor sowie der flächendeckende Ausbau einer sicheren elektronischen Identität (eID) zeigen, wie der öffentliche Sektor Transformation aktiv vorantreiben kann.“**

# Tätigkeitsbericht CDO-Taskforce 2024: Gemeinsam Digitalisierung gestalten

Mit der CDO-Taskforce verfügt Österreich über ein wichtiges Koordinierungsgremium für Innovations- und Digitalisierungsthemen. 2024 standen digitale Souveränität und künstliche Intelligenz im Mittelpunkt der Arbeit.

Digitalisierung braucht klare Zuständigkeiten und fundierte Zusammenarbeit: Die Chief Digital Officers (CDOs) aller Ressorts stimmen sich daher unter Leitung des CDO des Bundes im Bundeskanzleramt im Rahmen der CDO-Taskforce bei der ressortübergreifenden Zusammenarbeit, der Standardisierung von Prozessen und dem verantwortungsvollen Einsatz neuer Technologien gezielt ab.

## Vorrang für strategische Souveränität

2024 verständigten sich die CDOs aller Bundesministerien in Österreich auf ein gemeinsames Bekenntnis zur digitalen Souveränität als strategische Leitlinie für die Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung in Österreich. Bei der Weiterentwicklung des Projekts „Digitale Souveränität“ im Rahmen der Bund-Länder-Städte-Gemeinden-Kooperation wird die digitale Souveränität mit einem ressortübergreifenden Fragenkatalog systematisch analysiert, Lücken identifiziert und Handlungsbedarf frühzeitig sichtbar gemacht. Das Projekt wird unter der Leitung des Bundeskanzleramts umgesetzt. Die CDO-Taskforce sieht darin einen wichtigen Baustein, um digitale Abhängigkeiten zu reduzieren, strategische Handlungsfähigkeit zu sichern und zukunftsfitte digitale Infrastrukturen aufzubauen. Über die ressortübergreifend eingerichtete CDO-Arbeitsgruppe „Open-Source-Software“ wird ein bundesintern verfügbares Verzeichnis der eingesetzten Open-Source-Software-Produkte bereitgestellt. Zudem findet eine Evaluierung der geschäftskritischen IT-Verfahren des Bundes in Bezug auf digitale Souveränität statt. Die CDO-Taskforce beschloss auch die Erarbeitung eines Leitfadens für den Einsatz von Open Source Software.

## Neuer Standard für Transparenz

Die CDO-Taskforce fixierte 2024 auch die Kennzeichnung von KI-Systemen in der Bundesverwaltung. Damit soll Bürgerinnen und Bürgern auf einen Blick verständlich gemacht werden, ob ein digitales Service auf künstlicher Intelligenz basiert und welche Qualität vom jeweiligen System zu erwarten ist. Damit wird ein neuer Standard für Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Einsatz moderner Technologien im öffentlichen Dienst geschaffen. Die KI-Kennzeichnung wird als Verhaltenskodex in allen Ressorts eingeführt. Sie basiert auf einer einheitlichen Bewertungsmethodik, die von der Bundesverwaltung entwickelt wurde. Die Einstufung erfolgt anhand der beiden Dimensionen „Eigenständigkeit“ und „Wirkung“ des jeweiligen KI-Systems. Die jeweilige KI-Kategorie sowie eine kurze Beschreibung sollen bei allen relevanten digitalen Services sichtbar sein.

## Leistungsfähiges Netzwerk

Nachdem sich mehrere Ressorts mit dem Einsatz von KI-Sprachmodellen beschäftigen, wurde von der CDO-Taskforce auch ein gemeinsames Shared Service „Bundessprachmodell“ erörtert. Die Taskforce setzte sich 2024 auch mit nächsten Schritten zur Umsetzung des Digital Austria Act 2.0 – der österreichischen Digitalisierungsstrategie – mit einem Schwerpunkt KI in der Verwaltung, dem aktuellen Stand der Cloud-Community-Bund sowie Weiterentwicklungen der zentralen E-Government-Plattform DigitalAustria.gv.at auseinander. In Zusammenhang mit der „Artificial Intelligence Mission Austria 2030“ sollen ressortübergreifende Kooperationen im Rahmen des AI Policy Forums ermöglicht werden. Auch der Umstieg auf die ID Austria und die Digitale Kompetenzoffensive mit ihren Schwerpunktthemen „KI-Literacy“ und „Cybersecurity Awareness“ wurden von der Taskforce erörtert. Auch 2024 zeigte sich: Mit der CDO-Taskforce verfügt Österreich über ein leistungsfähiges Netzwerk über alle Ressorts hinweg, das die digitale Transformation Österreichs und ressortübergreifende Projekte samt IT-Konsolidierung im Bund gezielt vorantreibt.



INSTITUTIONI PER LA CULTURA E L'INTELLIGENZA  
MAGIA TRUCCA E INVOLVENTE  
DALLA NATURA E DALLI FANTASMI  
ASTRALI E IN  
COSTELLAZIONI

19

MUNDESKAMMER

# Akteurinnen und Akteure im Bund

Ausgewählte Projekte der Ressorts

Bundeskanzleramt

# Kooperationen mit Mehrwert

Das Bundeskanzleramt forciert Kooperationen, die neue Handlungsspielräume eröffnen. Das Miteinander von fachlicher und technischer Expertise ermöglicht innovative, bürgernahe und sichere Lösungen.



CDO Erich Albrechtowitz

**„Digitalisierung gelingt, wenn Fachbereiche und technische Expertise Hand in Hand arbeiten. Eng vernetzt entwickeln wir innovative und sichere Lösungen, die Bürgerinnen und Bürgern echten Mehrwert bieten und den Staat zukunftsfähig machen.“**

## Onlineberatungsplattform Frauen, Familie, Jugend

Beratungsleistungen im Bereich Familien- und Jugendberatung sowie Frauen- und Mädchenberatung werden in Österreich mehrheitlich von privat geführten Organisationen und Vereinen angeboten. Diese Leistungen werden vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung gefördert.

Die Nachfrage nach Beratungsleistungen auch online in Form von Videokonferenzen und Chats ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Da Anonymität und Nutzungssicherheit sehr wichtige Faktoren bei der Bereitstellung dieser Onlineleistungen sind, kann dabei nicht auf etablierte Social Media Dienste wie z. B. WhatsApp zurückgegriffen werden. Deshalb wurde auf Initiative der ministeriellen Fachbereiche ein Projekt zur gezielten Unterstützung von Onlineberatungen gestartet. Daraus entstand in Zusammenarbeit mit dem Land-, forst- und wasserwirtschaftlichen Rechenzentrum (LFRZ) eine „Onlineberatungsplattform“. Sie präsentiert einerseits über die Websites [www.familienberatung.gv.at](http://www.familienberatung.gv.at) und [www.frauenberatung.gv.at](http://www.frauenberatung.gv.at) das von der Republik Österreich geförderte Beratungsangebot im Internet, und ermöglicht andererseits den Beratungsstellen den Zugang zu einer maßgeschneiderten Onlineberatungslösung. Beraterinnen und Berater können dabei über ein Terminverwaltungstool Onlinesessions für Video- und Chatberatung erzeugen. Die Termine werden den Klientinnen und Klienten über einen durch Anmeldung geschützten Webbereich zur Verfügung gestellt und können von beiden Partnern sowohl am



## FAMILIEN BERATUNG

Computer als auch am mobilen Endgerät unter Wahrung strikter Anonymität absolviert werden.

Die Bundesverwaltung ermöglicht mit der innovativen Konsolidierung in eine einzige Lösung ein digitales Angebot, das durch die einzelnen Beratungsorganisationen im Rahmen deren finanzieller Möglichkeiten nicht umsetzbar wäre.

Dieses Projekt zeigt, wie durch innovative digitale Lösungen Leistungen und Angebote geschaffen werden können, die über private Kooperationspartner effizient und zielgerichtet erbracht und von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können.

### Am Weg zur Cloud Community Bund

IT-Service-Anbieter drängen ihre Kundinnen und Kunden in die Cloud. Ökonomische Sachzwänge, insbesondere steigender Kostendruck und anstehende Pensionierungswellen, erhöhen den Druck, Cloud-Services einzusetzen. Für den öffentlichen Sektor stellt sich die Herausforderung, die Vorteile von neuen Technologien zu nutzen, aber gleichzeitig die Hoheit über Verfahren und Datenverarbeitungen zu behalten.

Ziel des Bundeskanzleramts ist es, eine Cloud Community Bund zu schaffen, um damit die Zielkonflikte gemeinsam anzugehen und zu lösen. Unter Federführung von Chief Information Officer (CIO)

Clemens Möslinger plant das Bundeskanzleramt daher einen Zusammenschluss der Ministerien für eine gemeinsame Vorgehensweise in der Beschaffung und im Einsatz von Cloud-Dienstleistungen und Cloud-Services. Die Herausforderung, das richtige Cloud-Service auszuwählen und dieses gesetzeskonform (DSGVO) einzusetzen sowie alle relevanten Beschaffungskriterien zu erfüllen, kann entweder jedes Ministerium wie bisher für sich oder zukünftig gemeinsam erledigen.

Auf Initiative des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums für Inneres (BMI) und der Parlamentarischen Verwaltungsdirektion soll ein Gremium entstehen, welches sich einerseits über Use Cases und Business Cases im Cloud-Bereich austauscht und die Ergebnisse, soweit möglich und erforderlich, untereinander teilt. Es soll verhindert werden, dass Aufgaben doppelt und dreifach erledigt werden oder sogar unterschiedliche Rechtsansichten zu unterschiedlichen Auslegungen desselben Cloud-Services führen.

Die Qualifikation von Cloud-Providern und deren zur Verfügung gestellter Services ändern sich heute rasch. Um als Verwaltung Schritt halten zu können, soll eine enge Kooperation zwischen den Ressorts entstehen. Ein Service, welches heute von Ressort A geprüft wird, muss morgen nicht erneut von Ressort B überprüft werden. Gemeinsam kann ein hohes Ressourcen- und Einsparungspotenzial gehoben werden. Zur interministeriellen Steuerung wurde auch eine Arbeitsgruppe auf Ebene der CDOs eingerichtet.

Bundesministerium für Wirtschaft,  
Energie und Tourismus

# Digitaler Innovationsschub für Wirtschaft und Verwaltung

2024 setzt das Wirtschaftsministerium neue Maßstäbe in der Verwaltungsdigitalisierung: Sichere Prozesse, offene Standards und Datenhoheit bringen klare Vorteile für Wirtschaft, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger.

## Bundeswohnbaufonds: 20.000 Papierakten werden digital

Gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesrechenzentrum digitalisieren die Bundeswohnbaufonds ihren rund 40 Millionen Seiten starken Papierbestand. Goobi Viewer und Portal Austria eröffnen Gerichten, Schlichtungsstellen und künftig auch Notariaten einen Self Service Zugang zu historischen Förderinformationen. Das vierjährige Projekt spart jährlich rund 4.000 physische Aktensuchen und bewahrt gefährdete Originale für das Staatsarchiv. Der Abschluss des Projektes ist mit 2028 geplant.

Mehr Informationen unter  
[Digitalisierungsprojekt der Bundeswohnbaufonds](#)

- zentrale Ablage und strukturierte Freigabe von Dokumenten, intern wie extern
- gleichzeitige Bearbeitung von Texten, Tabellen und Präsentationen ohne Drittanbieter
- interne Kommunikation und Besprechungen über integrierte, sichere Kanäle
- digitale Kanban-Boards, To-Do-Listen und automatisierte Prozesse zur Projektabwicklung

Mit ConnectX wurde die technische Grundlage geschaffen, um unabhängig von internationalen Cloud-Anbietern zu agieren. Datenverarbeitung und -speicherung erfolgen auf eigener Infrastruktur – unter voller Kontrolle der Verwaltung. Damit ist nicht nur die Einhaltung strenger Datenschutzstandards gewährleistet, sondern auch die langfristige digitale Souveränität.

Diese Innovation ist maßgeblich der Expertise und dem Engagement der IKT-Abteilung sowie ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken. Sie haben nicht nur die technische Grundlage geschaffen, sondern damit auch die Weichen für eine zukunftsorientierte Verwaltung gestellt.

## ConnectX: Digitale Souveränität durch eigene Kollaborationsplattform

Mit der Einführung von ConnectX – einer auf Nextcloud Hub basierenden Lösung – wurde von der IKT-Abteilung des Ressorts ein zentraler Baustein für digitale Unabhängigkeit und moderne Zusammenarbeit geschaffen. Die Plattform vereint eine Vielzahl von Funktionen, die zuvor auf unterschiedliche externe Dienste verteilt waren, unter einem datenschutzkonformen, selbst betriebenen System. Die wichtigsten Funktionen:

## Digitales Beschussamt: Volldigitaler Industrieservice

Seit April 2024 wickeln die Beschussämter die Administration ihrer drei Hauptleistungen – Beschuss, Gasdruckmessung von Patronen und



Typenprüfung – vollständig digital ab. Die dafür entwickelte Plattform entstand in enger Kooperation zwischen Wirtschaftsministerium, Bundesrechenzentrum und den Beschlussämtern. Sie ist direkt an das Unternehmensserviceportal (USP) gekoppelt. Digitale Formulare mit USP-Auto-Fill übernehmen alle Firmenstammdaten, sodass fehlerhafte oder fehlende Angaben praktisch ausgeschlossen sind. Vor allem Gewerbebetriebe profitieren von der Lösung: Wer eine große Zahl an Waffen gleichzeitig anmeldet, lädt die Daten per Excel-Upload hoch und reduziert den Papieraufwand dramatisch.

Erstmals sind die sicherheitskritischen Kernverfahren in einem durchgängig digitalen Workflow abgebildet. Wirtschaft und Verwaltung erhalten damit einen schnellen, transparenten und serviceorientierten Zugang zu beschussamtlichen Leistungen.

Mehr Informationen unter [www.beschussamt.gv.at](http://www.beschussamt.gv.at)



*40 Millionen Seiten aus Papierakten des Wohnbaufonds werden digitalisiert und die Aktensuche damit effizienter.*



CDO Ing. Paul Zwiefelhofer BA

**„Digitale Wirkung entsteht, wenn wir Fachwissen, Technologie und den Mut zur Vereinfachung konsequent verbinden. Mit dem Digitalen Beschlussamt, der Goobi Viewer-Digitalisierung der Wohnbaufondsakten und ConnectX beweisen wir: Gemeinsam realisierte, offene Lösungen schaffen nachhaltigen Mehrwert für Wirtschaft, Verwaltung und Menschen.“**

Bundesministerium für Bildung

# Digitale Plattform für Bildung

Das mit dem Verwaltungspreis ausgezeichnete Bildungsportal [bildung.gv.at](https://bildung.gv.at) vernetzt Lehrende, Lernende und Erziehungsberechtigte auf einer zentralen Plattform. Zur erfolgreichen Implementierung des Portals arbeiten verschiedene Akteurinnen und Akteure zusammen.



## Innovative Plattform

Das Bildungsportal ist eine innovative zentrale Plattform, die den Schulalltag für alle Akteurinnen und Akteure nachhaltig digitalisiert. Mit einer einzigen Anmeldung ermöglicht es den direkten Zugang zu einer Vielzahl von Anwendungen, die individuell an die Bedürfnisse der jeweiligen Schule angepasst sind. Jede Schule wählt dabei die für sie relevanten digitalen Tools aus, sodass das persönliche Dashboard der Nutzerinnen und Nutzer genau jene Anwendungen anzeigt, die den aktuellen Stundenplan, offene Hausaufgaben, Mitteilungen und weitere wichtige Informationen enthalten. Ein Single-Sign-On führt Nutzerinnen und Nutzer direkt in die jeweilige Anwendung – ganz ohne erneute Logins oder Passworteingaben.

## Zentrale Funktionen und individuelles Dashboard

Im Mittelpunkt steht ein persönliches Dashboard, das den schnellen Zugriff auf wesentliche Anwendungen erlaubt. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungsberechtigte erhalten über maßgeschneiderte Widgets stets den Überblick über den Schulbetrieb. Ziel ist es, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und die Kommunikation zwischen allen Beteiligten zu stärken.

## Integration von Akteurinnen und Akteuren und Kooperation im Bildungssektor

Zur erfolgreichen Implementierung des Portals arbeiten verschiedene Akteurinnen und Akteure zusammen. Öffentliche Schulen und Bildungseinrichtungen gestalten aktiv die Auswahl der

Anwendungen, während Bildungsdirektionen und Schulerhalter regionale Besonderheiten berücksichtigen. Darüber hinaus sind IT-Dienstleister und Datenschutzbeauftragte integraler Bestandteil des Projekts, um Sicherheit, Gesetzeskonformität und eine reibungslose technische Umsetzung zu gewährleisten. Der enge Austausch und die regelmäßigen Abstimmungen in interdisziplinären Arbeitsgruppen fördern so eine vertrauensvolle und effektive Zusammenarbeit.

## EdTech Hub und standardisierte Schnittstellen

Ein zentrales Element des Portals ist der Educational Technologies Hub (EdTech Hub). Durch etablierte Schnittstellen wird ein geregelter, sicherer und gesetzeskonformer Datenaustausch zwischen allen Anwendungen gewährleistet. Diese Standardisierung sorgt nicht nur für technische Kompatibilität, sondern bewahrt auch die Innovationskraft der vielfältigen digitalen Angebote. Schulverwaltungen profitieren von einer erheblichen Entlastung, während gleichzeitig die Qualität und Flexibilität der schulischen Anwendungen gesteigert werden.

## E-Government-Funktionen für rechtsgültige Prozesse

Über das Portal erhalten Schulen zudem Zugang zu umfassenden E-Government-Diensten. So können digitale Schülerausweise (edu.digicard) bezogen und amtssignierte Dokumente – wie Zeugnisse – rechtsgültig über einen dualen Zustellservice (elektronisch oder postalisch) versendet werden. Diese Zusatzfunktionen erhöhen die Effizienz und Rechtskonformität im administrativen Bereich. Das Bildungsportal ist als E-Government-Plattform für den Bereich Bildung in oesterreich.gv.at integriert.

## Laufende Erweiterungen und Zukunftsperspektiven

Seit dem Schuljahr 2023/24 wird das modernisierte Portal schrittweise an den Schulen ausgerollt. Der fortlaufende Ausbau um neue Funktionen und Partner im Rahmen des EdTech Hubs stellt sicher,

dass das Angebot stets an die aktuellen Bedürfnisse der Schulgemeinschaft angepasst wird. Erste Pilotprojekte belegen bereits den Mehrwert dieser vernetzten Infrastruktur, die nicht nur den täglichen Schulbetrieb vereinfacht, sondern auch innovative Lehr- und Lernkonzepte nachhaltig fördert.

Insgesamt zeigt das Bildungsportal, das 2025 mit dem österreichischen Verwaltungspreis ausgezeichnet wurde, wie durch die gezielte Integration vielfältiger Akteurinnen und Akteure – von Lehrenden und Schülerinnen und Schülern bis hin zu Verwaltung, IT-Dienstleistern und Datenschutzexperten – ein ganzheitlicher, digitaler Schulalltag etabliert werden kann. Diese enge Kooperation, basierend auf standardisierten Schnittstellen und kontinuierlicher Weiterentwicklung, ist wichtiges Fundament für eine moderne, zukunftsweisende Bildungslandschaft.



CDO Mag. Martin Bauer, MSc

**„Die vernetzte Akteurslandschaft aus Schulen, Behörden, IT-Dienstleistern und Datenschutzexperten bildet das Rückgrat des Bildungsportals. Unsere Erfahrungen zeigen, dass intensive Zusammenarbeit und standardisierte Schnittstellen digitale Innovation und einen reibungslosen Schulalltag ermöglichen.“**

Bundesministerium für Frauen,  
Wissenschaft und Forschung

# Digitale Allianzen & Shared Services an Hochschulen

Kollaborationen haben den Fortschritt seit jeher geprägt. Gerade in der Digitalisierung zeigen sich ihre Stärken auch für Hochschulen, die durch technische Partnerschaften profitieren.



CDO Dipl.-Ing. Dr. Thomas Egger

**„Eine erfolgreiche Digitalisierung im Wissenschaftsministerium lebt von einer vielfältigen Akteurslandschaft. Meine bisherigen Erfahrungen zeigen: Durch offenen Austausch und das gemeinsame Wirken aller Beteiligten sind wir auf einem guten Weg, nachhaltige Fortschritte zu erreichen.“**

## Kollaborative Digitalisierungsinitiativen

2024 war die hochschulübergreifende Zusammenarbeit beim Thema Digitalisierung ein Schlüsselthema: Digitale Allianzen und gemeinsame Strategien wurden in den Leistungsvereinbarungen 2025–2027 in Form von Vorhaben zu Shared Services und kooperativen Projekten verankert.

Wesentliche Treiber kollaborativer Digitalisierungsinitiativen sind – neben den Hochschulen selbst – mehrere Akteurinnen und Akteure, darunter das Forum Digitalisierung der Universitätenkonferenz (uniko), das Forum neue Medien in der Lehre Austria (fnma), ACOmarket als zentrale IT-Serviceestelle der österreichischen Universitäten, das Netzwerk Open Science Austria (OSA), die ARGE ZID (Zentraler Informatikdienst) und die ArgeSecur. Sie alle stehen in engem Austausch mit dem Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF), um die digitale Transformation im Hochschulbereich voranzutreiben, Kooperationspotenziale zu stärken und Synergien zu nutzen.

## IT-Sicherheit an Österreichs Hochschulen stärken

Ein zentrales Thema der Digitalisierung ist die IT-Sicherheit. Im Jahr 2024 beteiligten sich erstmals alle 22 öffentlichen Universitäten an einem gemeinsamen Vorprojekt namens UVI-Sec, das darauf abzielt, die IT-Sicherheitsstandards an den



einzelnen Universitäten zu verbessern und einen gemeinsamen Mindeststandard zu etablieren.

Durch die enge Zusammenarbeit entstehen universitätsübergreifende Lösungen, die die digitale Infrastruktur effektiver absichern sollen.

## Shared OER-Services

In diesem Projekt, mit der Universität Wien im Lead, wird eine nationale Metasuchmaschine für offen lizenzierte und frei zugängliche Open Educational Resources (OER) als Shared-OER-Service geschaffen – eine gemeinsame digitale Infrastruktur für alle Universitäten im österreichischen Hochschulraum. Ziele sind der Ausbau einer offenen, vertrauenswürdigen Plattform für OER/MOOCs unter Integration der bestehenden Plattform iMooX.at sowie die Zurverfügungstellung interaktiver Lehrmaterialien für das Selbststudium.

## AHESN Future zur Anerkennung von Prüfungsleistungen

Unter dem Dach der Austrian Higher Education Systems Network (AHESN)-Future-Gruppe (mit der Universität Klagenfurt im Lead) werden auf Basis von bestimmten Schnittstellen technische und organisatorische Grundlagen für Shared Services

geschaffen und weiterentwickelt. Neben einer Plattform zur digital unterstützten Anerkennung von Prüfungsleistungen und einer einheitlichen Lösung für die Erhebung studienbezogener Auslandsaufenthalte (UHS-tat2) soll insbesondere die Curriculaplanung durch digitale Tools unterstützt werden. Dafür werden Curriculadaten standardisiert und über AHESN-Schnittstellen austauschbar gemacht.

## KI in den Leistungsvereinbarungen

Für die Leistungsvereinbarungsperiode 2025-2027 wurde ein besonderer Fokus auf KI gesetzt. Wesentliche Ziele dabei sind die Steigerung von Digitalisierungs- und KI-Kompetenzen von Studierenden, Forschenden und Lehrenden, die Steigerung von Effizienz und Effektivität an Hochschulen durch die Nutzung von KI-Technologien und die Förderung von Exzellenz in Forschung und Lehre – dies insbesondere durch den weiteren Ausbau von HPC-Infrastrukturen. Hervorzuheben ist unter anderem das von der Universität Wien und der Technischen Universität Wien gemeinsam geplante Wiener KI-Zentrum, das neben der Besetzung neuer Professuren auch die Einrichtung einer gemeinsamen KI-Doktoratsschule und die Konzeption gemeinsamer KI-Bachelor- und Masterprogramme vorsieht.

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

# Daten als strategische Ressource gemeinsam nutzen

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) gestaltet seine IT-Landschaft neu – datenorientiert, strukturiert und zukunftsgerichtet.



## Klarheit für sichere Datennutzung

Mit der Modernisierung seiner IT-Landschaft schafft das BMEIA die Grundlage für eine zukunftsfähige Dateninfrastruktur, die interne Abläufe unterstützt und datenbasierte Entscheidungen fördert. Statt Daten isoliert in Einzelsystemen zu verwalten, sollen sie ressortweit als strategische Ressource zugänglich und nutzbar werden. Die neue Datenstrategie des Ressorts bildet dafür den Rahmen: Sie forciert Klarheit im Umgang mit Daten und der Verwaltung von Daten. Das ist Voraussetzung für eine wirkungsvolle und sichere Nutzung.

## Landkarte für Applikationen

Ausgangspunkt der Modernisierung war die Entwicklung einer Applikationslandkarte, die sämtliche

im Ressort betriebenen Anwendungen systematisch erfasst und deren Datenflüsse sichtbar macht. Dieses Gesamtbild schafft erstmals ein klares Verständnis darüber, wie und wo Daten tatsächlich genutzt werden und wie die verschiedenen Systeme miteinander verbunden sind. Aufbauend auf dieser Landkarte wurde eine Datenstrategie entwickelt, die drei zentrale Handlungsfelder adressiert: Data Governance, Data Management und Data Analytics.

## Daten managen und analysieren

Data Governance forciert klare Regeln, Verantwortlichkeiten und Standards für einen sicheren und qualitätsgesicherten Umgang mit Daten im gesamten Ressort. Data Management beschäftigt sich mit der strukturierten Erfassung von Daten, ihrer Verwaltung über den gesamten Lebenszyklus

und, wo sinnvoll, der Nutzbarmachung über Systemgrenzen hinweg. Data Analytics wiederum hat den Zweck, Informationen gezielt auszuwerten und gewonnene Erkenntnisse in strategische und operative Entscheidungen einfließen zu lassen.

## Daten demokratisieren

Ziel der Strategie ist es, Daten zu demokratisieren und somit Informationen zielgerichtet verfügbar zu machen. Dabei geht es nicht nur um technische Strukturen, sondern auch um Bewusstseinsbildung und Kompetenzaufbau. Fachbereiche des Ressorts werden befähigt, eigenständig, evidenzbasiert und serviceorientiert mit Daten zu arbeiten.



*Mit einem demokratischen Zugang zu verständlich aufbereiteten Analysen und Visualisierungen sollen Daten von allen modern und sicher genutzt werden.*

## Daten richtig nutzen

Ein sichtbares Ergebnis des Wandels ist die Einführung einer Business Intelligence (BI) Plattform. Damit erhalten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ohne technische Einstiegshürden – Zugang zu verständlich aufbereiteten Datenanalysen und Visualisierungen. Informationen können eigenständig analysiert, interpretiert und in die tägliche Arbeit eingebunden werden. Die Demokratisierung von Daten wird konkret erlebbar und stärkt gleichzeitig das datenbasierte Selbstverständnis im Haus.

Auch das Thema Cloud wurde neu bewertet. Mit einem ressortweiten Cloud-Compliance-Framework stellt das BMEIA sicher, dass neue Technologien wie Cloud-Services sicher, gesetzeskonform und gezielt eingesetzt werden können. So entwickelt das Ressort Schritt für Schritt eine Verwaltung, die Daten nicht nur speichert, sondern versteht und richtig nutzt.



CDO Mag. Kristian Juric

**„Das BMEIA entwickelt seine IT-Landschaft zu einer modernen, datenorientierten Infrastruktur weiter, die klare Standards setzt, Wissen zugänglich macht und datenbasierte Entscheidungen in allen Bereichen ermöglicht.“**

Bundesministerium für Inneres

# Sicher, effizient und professionell

Mit modernen IT-Lösungen gestaltet das Bundesministerium für Inneres die digitale Zukunft für Behörden und Bevölkerung und fördert effiziente Verwaltungsprozesse. 2024 gab es dafür in Zusammenarbeit mit Bundeskanzleramt und EU wichtige Weiterentwicklungen.

## Digitaler Zulassungsschein und Identitätsnachweis

Seit 2024 stehen Bürgerinnen und Bürgern in Österreich der digitale Zulassungsschein und der digitale Identitätsnachweis zur Verfügung – beide integriert in die „eAusweise“-App des Bundeskanzleramts.

Der digitale Zulassungsschein, der direkt mit dem Kraftfahrzeugregister (KZR) verknüpft ist, ermöglicht es, Zulassungsinformationen in Echtzeit zu übermitteln. Auf diese Weise können Autolenkerinnen und Autolenker den Zulassungsschein bei Verkehrskontrollen als digitale Referenz vorzeigen – sicher, schnell und papierlos.

Auch der digitale Identitätsnachweis nutzt diese Infrastruktur. Über einen QR-Code kann man die Identität gegenüber Behörden, der Polizei oder privaten Dienstleistern sicher und temporär nachweisen. Die erforderlichen Daten stammen aus dem Zentralen Melderegister (ZMR) und dem Identitätsdokumentenregister (IDR).

Durch die enge Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Inneres (BMI) werden ein hohes Sicherheitsniveau und komfortable sowie effiziente Prozesse gewährleistet. Diese Neuerungen sind ein bedeutender Schritt zu einer bürgernahen, digitalen Verwaltung.



## Body Worn Cameras für mehr Sicherheit und Transparenz

Bis Ende 2024 wurde jede der über 900 Polizeidienststellen in Österreich mit Body Worn Cameras (BWC) ausgestattet. Das Großprojekt startete mit einem erfolgreichen Probebetrieb an 48 Dienststellen im September 2024. Bis Jahresende wurden alle 32.000 Exekutivbedienstete geschult und weitere 700 Geräte ergänzt.

Die Kameras haben eine deeskalierende Wirkung: Personen verhalten sich oft kooperativer, wenn sie die Kameras bemerken. Die Aufnahmen bieten eine objektive Dokumentation von Amtshandlungen, die Transparenz schaffen und als Beweismittel dienen. Bereits mehr als 3.000 Videos wurden zur Qualitätssicherung polizeilicher Amtshandlungen aufgezeichnet.

Mit dieser Technologie stärkt Österreich die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten und sorgt für eine transparente Polizeiarbeit.

## Digitale Revolution bei Grenzkontrollen

Im Jahr 2024 wurden alle Flughäfen mit der neuen Grenzkontrollsoftware ausgestattet, die in einer zukünftigen Version auch Entry/Exit System (EES)-Prozesse unterstützen wird. Die elektronische Erfassung von Drittstaatsangehörigen samt ihrer Biometriedaten (Fingerabdruck und Gesichtsbild) wird eine präzisere automatisationsunterstützte Kontrolle ermöglichen. Biometrische Daten und die automatische Berechnung der Aufenthaltsdauer sorgen dafür, dass „Overstayer“ – das sind Personen die sich länger als rechtlich vorgesehen in Österreich aufhalten – schneller erkannt werden.

In Österreich wurden die erforderlichen Komponenten bis dato bereits auf sechs internationale Flughäfen und 23 Flugfelder ausgerollt. Auf den Flughäfen Salzburg und Wien wurden Kamerastellen und Kioske installiert und alle übrigen internationalen Flughäfen mit Kamerastellen ausgerüstet. Die vollständige Implementierung des EES-Systems erfolgt schrittweise und wird aktuell auf EU-Ebene verhandelt.

## Technische Protokollauswertung als digitaler Schutzschild

Die „Technische Protokollauswertung“ (TPA) des Bundesministeriums für Inneres sorgt für die lückenlose Dokumentation von Zugriffsrechten auf personenbezogene Daten und erfüllt wichtige Datenschutzerfordernisse (DSGVO). Sie ermöglicht es betroffenen Personen, Einsicht in die Nutzung ihrer Daten zu erhalten und zu erfahren, wer darauf zugegriffen hat. Die TPA dokumentiert alle relevanten Interaktionen mit den Daten und dient so der rechtlichen Nachvollziehbarkeit, der internen Kontrolle und der Qualitätssicherung von IT-Systemen.

Über 18 Milliarden Protokolle wurden bereits verarbeitet. Auswertungen über drei Jahre dauern nun weniger als zwei Minuten. Diese Weiterentwicklung steigert die Effizienz und stärkt Transparenz sowie Vertrauen in die digitale Verwaltung.



CDO GL Ing. Mag. Markus Popolari

**„Digitalisierung ist der Schlüssel, um durch moderne Technologien, intelligente Vernetzung und automatisierte Systeme effizientere Lösungen zu schaffen und die Zukunft aktiv mitzugestalten.“**

Bundesministerium für Justiz

# Mit vereinten Kräften zur digitalen Justiz

Die Digitalisierung der Justiz wird in enger Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Justiz (BMJ) und den Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte vorangetrieben. Gemeinsam werden innovative Lösungen entwickelt und der Geschäftsbetrieb modernisiert.



Die Präsidentin und Präsidenten der Oberlandesgerichte mit dem Leiter der für Digitalisierung zuständigen Präsidialsektion im BMJ, SC Dr. Alexander Pirker, sowie CIO LStA Mag. Christian Gesek und Team.

## Digitaler Schulterschluss zwischen BMJ, Oberlandesgerichten und Landesvertretungen

Die digitale Transformation der Gerichte und Staatsanwaltschaften wird durch das Bundesministerium für Justiz in enger Abstimmung mit der Präsidentin und den Präsidenten der Oberlandesgerichte vorangetrieben. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit steht ein strategisches Zielbild für digitale Ver-

fahrensabläufe, das initial festgelegt und laufend adaptiert wird. Die konkreten Anforderungen der einzelnen Umsetzungsschritte werden im Rahmen von Facharbeitsgruppen abgestimmt und gemeinsam priorisiert. Diese Gruppen treten regelmäßig zusammen, um Lösungen zu erarbeiten und Zwischenergebnisse zu prüfen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden von den Oberlandesgerichten aus dem Geschäftsbetrieb nominiert. Sie bringen Praxiserfahrung und Expertise für

die jeweils erforderlichen Fachgebiete ein und stellen damit die Entwicklung von praxisnahen und effizienten Lösungen sicher.

So finden regelmäßige Treffen von Kernteams insbesondere für Bereiche wie „Strafverfahren“, „Zivilverfahren“ oder „Gerichtsvollzug“ statt, die damit die digitale Arbeitsweise der Zukunft aktiv mitgestalten. Eine wichtige Rolle in diesen Facharbeitsgruppen nimmt auch das Bundesrechenzentrum ein, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langjährige Justiz-IT-Erfahrung haben. Diese bringen entlang der Vorgaben des BMJ technische Lösungsansätze ein und stellen dabei sicher, dass die entwickelten Lösungen technisch robust und zeitgemäß sind.

Zusätzlich zu den Facharbeitsgruppen überwachen übergeordnete Steuerungsgremien die strategische Ausrichtung und Koordination der verschiedenen Initiativen. Diese Gremien setzen sich aus Führungskräften des BMJ, der Oberlandesgerichte sowie der Landesvertretungen zusammen und sorgen dafür, dass stets ein einheitlicher Informationsstand zu Vorhaben gewährleistet ist. Durch diese strukturierte Vorgehensweise gelingt die sukzessive Transformation in eine zukunftsfähige und moderne Justiz, welche die Potenziale der Digitalisierung bestmöglich ausschöpft und Effizienz und Transparenz in Verfahren nachhaltig verbessert.

## BMJ, Bundesrechenzentrum und IT-Schulungszentren definieren MVPs

Die Entwicklung digitaler Justiz-Lösungen beginnt stets mit der Erstellung von Minimum Viable Products (MVPs). Diese MVPs sind grundlegende Versionen der geplanten Lösungen, die nur die grundlegenden Kernfunktionen enthalten und sich auf vorangehende Analysen und Abstimmungen zwischen dem BMJ, dem Bundesrechenzentrum und den IT-Schulungszentren der Oberlandesgerichte stützen. Sie werden zunächst bei einer kleinen Testgruppe eingesetzt, um deren Bedürfnisse vertieft zu ermitteln und Feedback zu erhalten. Diese Phase ist entscheidend und ermöglicht frühzeitig, Probleme zu identifizieren und Verbesserungen vorzunehmen.

Nach erfolgreicher Erprobung und Implementierung des Feedbacks wird das MVP weiterentwickelt und um zusätzliche Funktionen erweitert. Diese erweiterten Versionen werden weiterhin laufend zur Verfügung gestellt. Sobald die Erprobung zeigt, dass die Lösungen für einen breiten Einsatz geeignet sind, beginnt das justizweite Roll-out. Dazu wird mit den IT-Schulungszentren ein ganzheitlicher Roll-out-Plan erstellt, im Rahmen dessen alle künftigen Nutzerinnen und Nutzer geschult und IT-Arbeitsplätze entsprechend ausgestattet werden. Auch nach dem erfolgreichen Roll-out wird die sukzessive Weiterentwicklung unter Einbindung der Kernteams abgestimmt, sodass die digitalen Lösungen weiterhin aktuell und effizient bleiben.

**„Eine erfolgreiche Digitalisierung der Justiz erfordert ein kooperatives und agiles Vorgehen. Durch die enge Einbeziehung aller Stakeholder entstehen innovative Lösungen, die der österreichischen Justiz auch international eine Spitzenstellung einräumen und die Effizienz nachhaltig steigern.“**



CDO Mag. Martin Hackl, BSc.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

# Digitale Lösungen für Soziales und Gesundheit

Das Sozialministerium setzt in der Analyse von Gesundheitsdaten sowie bei der niederschweligen Bereitstellung von sozialen Unterstützungsleistungen auf digitale Kooperation.



CDO Dr. Brigitte Zarfl

**„Im Dialog mit den vielfältigen Akteurinnen und Akteuren im Sozial- und Gesundheitsbereich entstehen Lösungen, die die Qualität unserer Systeme stärken, Zielgruppen besser erreichen und dazu beitragen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.“**

## DIAG: Gesundheitsdokumentation am Puls der Zeit

Österreich verfügt mit dem Zielsteuerungsgesetz-Gesundheit über eine exzellente Ausgangsbasis für eine moderne Gesundheitsdatenlage. Zeitgleich zum 25-jährigen Bestehen des vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) betriebenen Dokumentations- und Informationssystems für Analysen im Gesundheitswesen (DIAG) trat am 25. März 2025 die EU-Verordnung zum European Health Data Space in Kraft, die den künftigen Rahmen für Gesundheitsdaten in der EU bereitstellen wird. Das DIAG wird innerhalb dieses neuen Rahmens zum behördlichen Auswertungssystem für Gesundheitsdaten weiterentwickelt und steht auch den Ländern bzw. Landesgesundheitsfonds sowie der Sozialversicherung als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung – etwa für gesundheitspolitische Maßnahmen, für die Steigerung der Ergebnisqualität in der Gesundheitsversorgung oder für die Weiterentwicklung der leistungsorientierten Finanzierung der Krankenanstalten.

Das DIAG bringt Vorteile für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, Wissenschaft, Verwaltung und die interessierte Öffentlichkeit. Durch neue Pseudonymisierungsverfahren sind übergreifende Auswertungen unterschiedlicher Datenbestände aus dem Gesundheitswesen möglich. Das DIAG erlaubt vielfältige Analysen von Kennzahlen, auf deren Basis Dashboards u. a. zu den Messgrößen der Zielsteuerung und Patienten-Strom-Analysen



verfügbar werden. Die größte Erweiterung betrifft die ambulante Diagnosecodierung für ärztliche Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer: Die Erfassung von spitalsambulanten Besuchen ab 2025 und außerambulanten Besuchen ab 2026 stellt erstmalig umfassende Diagnosedaten für den stationären und ambulanten Bereich zur Verfügung.

## Schulstart mit digitalen Gutscheinen erleichtern

Mit „Schulstartklar!“ und „Schulstartplus!“ erhalten Schülerinnen und Schüler sowie Lehrlinge in sozialhilfebeziehenden Haushalten Gutscheine, die die Beschaffung von notwendiger Ausstattung rund um den Schulbeginn erleichtern. Jährlich werden mehr als 50.000 Personen zu Semesterbeginn erreicht. Bis 2024 wurden Schulstart-Gutscheine in Papierform vergeben und mussten persönlich bei Abwicklungsstellen abgeholt werden. Ab 2025 erfolgt die Abwicklung in digitalisierter Form. Bezugsberechtigte scannen einen QR-Code auf dem Anschreiben, aktivieren damit die digitale Bezahlkarte und bezahlen bequem per Smartphone in den teilnehmenden Betrieben. Usability-Workshops mit Jugendlichen und Eltern sichern die Nutzerfreundlichkeit der App.

Die Landessozialreferate stellen dabei die notwendigen Daten bereit. Für einen sicheren Ablauf wurde eine spezielle Datenimportplattform entwickelt. Der kontinuierliche Austausch zwischen den Landessozialreferaten, dem IT-Dienstleister und dem Sozialministerium gewährleistet eine effiziente, sichere und datenschutzkonforme Umsetzung. Verwaltungsabläufe wie Berichtswesen, Live-Reporting und Systemprüfungen wurden automatisiert.

Das System reduziert den Verwaltungsaufwand für Bezirksverwaltungsbehörden und Sozialorganisationen und gestaltet die Projektabwicklung ressourcenschonend und effizient. Gleichzeitig wird die Unterstützungsleistung stigmatisierungs- und barrierefrei, zielgruppengerecht sowie verlust- und betrugssicher zur Verfügung gestellt und ermöglicht eine Abfederung der hohen Kostenbelastung zu Schulbeginn für armutsbetroffene Familien.

[www.schulstart.gv.at](http://www.schulstart.gv.at)

Bundesministerium für Finanzen

# Innovative Zusammenarbeit als Motor der Digitalisierung

Die modernen IT-Lösungen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) machen Prozesse rascher, einfacher und weniger anfällig für Fehler. Gemeinsam mit dem Bundesrechenzentrum (BRZ) und weiteren Partnern werden aus innovativen BMF-Konzepten erfolgreiche Tools.



CDO GL Markus Steiner, BA

**„Das immer komplexer werdende IT-Umfeld erfordert den Einsatz von immer mehr Personen mit Spezialkenntnissen. Daher spielt der Begriff „breite Zusammenarbeit“ die Hauptrolle – sowohl beim Adaptieren bewährter Verfahren als auch bei der Schaffung neuer IT-Lösungen.“**

## Voll digitalisiertes Kundenservice

Das BMF hat zusammen mit externen Umsetzungspartnern und dem BRZ eine voll digitalisierte und interaktive Kundenservice-Lösung entwickelt, die sowohl für Ad-hoc-Anfragen als auch für vorab vereinbarte Termine genutzt werden kann. Diese Lösung umfasst ein Multi-Media-Contact-Center für Chat, E-Mail, Telefon und Video, ein Terminvereinbarungswerkzeug, eine Webkonferenzlösung mit Funktionen, die einen Vor-Ort-Besuch im Amt ersetzen, wie zum Beispiel starke Authentifizierung, Dokumententransfer, interaktive Formulare, elektronische Unterschrift und Sofortzahlung. Über die FON[+] App ist auch ein mobiler Zugang möglich.

Die kostenoptimierte Lösung wurde vom BRZ als Integrator umgesetzt. Die Partner agieren hier nicht nur als Lieferanten von Lizenzen und kundenspezifischen Komponenten, sondern auch im Betrieb auf Applikationsebene. Die integrative Rolle des BRZ wurde rechtlich ermöglicht, indem das BRZ für Partnerlösungen „nicht mehr haftet, als gegenüber den Partnern durchgesetzt werden kann“ – und nicht über eine klassische Generalunternehmerrolle. Die Hauptpartner neben dem BRZ sind so eingebunden, dass die Lösung ohne Ausschreibung auch für andere Ressorts adaptiert werden kann. Die Entwicklung wurde durch eine enge Zusammenarbeit der BMF-Fachabteilung, der BMF-IT-Abteilung, des BRZ und zwei externen IT-Entwicklungs- und Betriebsdienstleistern ermöglicht.

## Automatisierte Terminkontrolle

Mit der Fristenüberwachung wurde vom BMF gemeinsam mit externen IT-Dienstleistern eine neue – teils vollautomatisierte – IT-Anwendung für das Fristenmanagement von Jahreserklärungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen entwickelt. Sowohl gesetzliche als auch organisatorische Anforderungen wie Erinnerungen, Mahnungen, Festsetzungen und die Quotenregelung für Steuerberaterinnen und Steuerberater werden dabei berücksichtigt. Die Anwendung ermöglicht die Überwachung und Durchsetzung von Konsequenzen bei Nichteinhaltung.

Für eine effiziente Bearbeitung wurde eine innovative Listenübersicht geschaffen, die es den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern ermöglicht, Fälle über eine einzige Oberfläche – und dies auch systemübergreifend – zu bearbeiten. Dies optimiert den Arbeitsprozess und reduziert den Aufwand, da nicht mehr – wie bisher – verschiedene Anwendungen aufgerufen werden müssen. Zugleich wird die Qualität der Bearbeitung erhöht.

## Transparenzdatenbank für mehr Qualität im Förderwesen

Die Transparenzdatenbank (TDB) mit dem Transparenzportal als öffentlichem Webauftritt ist bereits eine feste Größe im heimischen Förderwesen. Genutzt wird sie von Bürgerinnen und Bürgern, Förderstellen und der öffentlichen Verwaltung, um Fördervoraussetzungen effizient zu prüfen. In den letzten Jahren gab es immer wieder neue Rekorde an Datenübermittlungen und Zugriffszahlen. Möglich wurde das durch kontinuierliche Weiterentwicklungen. Durch die Teilnahme der Länder an der TDB konnten Datenumfang und Datenqualität wesentlich gesteigert werden. Aber auch Nutzbarkeit und Transparenz werden weiter verbessert: Die TDB wird regelmäßig an neue fachliche Anforderungen angepasst. Gemeinsam haben BMF und BRZ ein zentrales digitales Werkzeug geschaffen, das einen wichtigen Beitrag für mehr Transparenz und Wirkungsorientierung leistet.



Bundesministerium für Innovation,  
Mobilität und Infrastruktur

# Gemeinsam digital für Umwelt, Mobilität und Innovation

Das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) nutzt digitale Lösungen auf vielfältige Weise – und kooperiert bei der Umsetzung von Digitalisierungsinitiativen und Datenprojekten mit Kooperationspartnern mit hoher fachlicher und technischer Expertise.

## Mobilitätsdaten für intelligente Verkehrssysteme (IVS)

Mobilitätsrelevante Daten sind die wesentliche Grundlage für digitale Mobilitätsservices. Um diese über Verkehrsträger und Grenzen hinweg anbieten zu können, regelt die europäische Richtlinie für intelligente Verkehrssysteme (IVS-RL 2010/40/EU) die Bereitstellung von Daten, die verpflichtend über einen nationalen Zugangspunkt (für Österreich: [www.mobilitaetsdaten.gv.at](http://www.mobilitaetsdaten.gv.at)) zugänglich gemacht werden müssen. Um die österreichischen Datenhalter und Serviceanbieter bei der Datenbereitstellung und -nutzung zu unterstützen, wurde die

IVS-Kontaktstelle bei der AustriaTech eingerichtet. Das Unterstützungsangebot reicht von allgemeinen Beratungen zur Relevanz und Definition von Daten und Diensten bis hin zu konkreten Hilfestellungen, welche Daten in welchen Austauschformaten bereitzustellen sind. Zu den Aufgaben der IVS-Stelle zählt auch die Überprüfung der Einhaltung der Anforderungen durch die IVS-Richtlinie. Durch die Arbeit der IVS-Stelle konnte ein deutlicher Zuwachs an beschriebenen, digitalen Datensätzen am nationalen Zugangspunkt in Österreich erzielt werden.

[www.ivs-stelle.at](http://www.ivs-stelle.at)



## Innovation digital schützen

Im Jahr 2024 wurde ein weiterer Meilenstein bei der Digitalisierung des Österreichischen Patentamts (ÖPA) erreicht: Die ca. 4.500 jährlichen Markenmeldungen wurden in eine rein elektronische Prüfung übergeführt. Zudem wurden gemeinsam mit dem Europäischen Patentamt (EPA) und dem Europäischen Amt für geistiges Eigentum (EUIPO) Projekte für verbesserte Einreichportale für Schutzrechtsanmeldungen durchgeführt. Gemeinsam mit diesen seit Jahren verlässlichen europäischen Kooperationspartnern wurde die Evaluierung des KI-Einsatzes beispielsweise für die automatisierte Kategorisierung von Patentanmeldungen oder für Rechtsauskünfte begonnen. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es, Softwarelösungen auf Basis der Anforderungen nationaler Ämter zu entwickeln und einzuführen, die für einzelne Behörden schwierig umzusetzen wären. Nicht zuletzt wurde erstmalig das Hosting in sicheren, europäischen Cloud-Umgebungen getestet.

[www.patentamt.at](http://www.patentamt.at)

35.000 Standorte und 64.500 Anlagen angelegt. Zudem wurden über 900.000 elektronische Meldungen abgewickelt sowie jährlich über 100 Berichte an die EU übermittelt.

Dadurch entsteht für Behörden und Betriebe eine gemeinsame digitale Informations- und Datengrundlage über umweltrelevante Anlagenteile, Genehmigungen, Emissionen, den Einsatz von erneuerbarer Energie, Abfallströme, Recycling und viele weitere Aspekte.

[www.edm.gv.at](http://www.edm.gv.at)



Stv. Bundes-CDO Ing. Joachim Tischler, MSc

## Umweltdaten mehrfach nützen

Das Bundesministerium führt seit über 20 Jahren gemeinsam mit der Umweltbundesamt GmbH das Elektronische Datenmanagement (EDM). Dieses zentrale E-Government-System wurde speziell für den Umweltbereich entwickelt und hat das Ziel, umweltrelevante Daten zu erfassen, zu verwalten und bereitzustellen. Die Umsetzung verschiedener Rechtsmaterien in einem System vermeidet Mehrfacherfassungen und bietet allen Beteiligten ein zentrales Datensystem für den effizienten Zugriff auf Umweltinformationen.

Mit der laufenden Weiterentwicklung – gemeinsam mit Fachleuten aus Bund, Ländern und Wirtschaft zusammen mit den Umwelt-IT-Expertinnen und -Experten des Umweltbundesamts und weiteren Dienstleistern als Auftragsverarbeiter – wird die Plattform EDM für immer mehr Unternehmen und Behörden relevant. Mittlerweile sind 85.000 Unternehmen und über 1.000 Benutzerinnen und Benutzer der öffentlichen Verwaltung registriert,

**„Ein Ressort ist nicht alleine. Viele Hände und Köpfe sind im organisatorischen Sinne ‚naheliegend‘, in nachgeordneten Dienststellen und Beteiligungen. Ohne sie würden Datenökonomie und digitale Verwaltungsleistungen nicht funktionieren.“**

Bundesministerium für Landesverteidigung

# Gemeinsam sicher – sicher gemeinsam

Das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) setzt für innovative und sichere digitale Lösungen auf eine enge Zusammenarbeit mit Organisationen im In- und Ausland. Das BMLV arbeitet eng mit anderen Ministerien und Behörden zusammen, etwa beim Aufbau sicherer Kommunikationsinfrastrukturen und bei der Entwicklung einheitlicher IT-Standards. Der regelmäßige Austausch von Erfahrungen und Best Practices trägt dazu bei, die digitale Transformation effizient und sicher zu gestalten.

## Plattform „bundesheeronline“

Ein Beispiel für diese Kooperation ist die Plattform „bundesheeronline“, die bisher wehrrechtliche Behördenverfahren über digitale Formulare unterstützt. Sie wurde gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Digitalisierung entwickelt. Die hohen Nutzungszahlen von über 57.000 registrierten Anwenderinnen und Anwendern unterstreichen den Bedarf für den weiteren Ausbau von bundesheeronline. Künftig soll bundesheeronline als E-Government-Serviceplattform des BMLV junge Staatsbürgerinnen und Staatsbürger digital durch das gesamte Soldatenleben begleiten. So wird man bereits vorab am Stellungsverfahren elektronisch teilnehmen können (z. B. Einbringen von medizinischen Befunden, Vorabausfüllen eines medizinischen Anamnese-Fragebogen, Bereitstellung relevanter Stammdaten). Über bundesheeronline werden auch zielgerichtete Informationen im Zeitablauf digital bereitgestellt. Ergebnisdaten aus dem Stellungsverfahren werden ebenfalls über die Plattform aufrufbar sein. Die Vision ist das digitale Wehrdienstbuch.

## Forschung für Digitalisierung

Die Zusammenarbeit zwischen dem BMLV und der Forschung ist ein zentraler Pfeiler zur Stärkung der österreichischen Sicherheit und Innovationskraft. Im Fokus steht die enge Kooperation mit zivilen und universitären Forschungseinrichtungen, etwa durch die Wissenschaftskommission beim BMLV, die als Schnittstelle zwischen Bundesheer und Wissenschaft fungiert. Ziel ist es, durch Wissensaustausch und gemeinsame Projekte Synergien zu schaffen, die sowohl der militärischen, als auch der zivilen Forschung zugutekommen. Dies umfasst auch Projekte im Bereich Digitalisierung.

## IKT- und Cybersicherheitszentrum

Das Informations-, Kommunikations-, Technologie- und Cybersicherheitszentrum (IKT&CySihZ) des Bundesheeres ist für den Schutz und Betrieb militärischer IT-Systeme zuständig. Es arbeitet eng mit anderen Organisationen zusammen. Besonders wichtig ist die Kooperation mit nationalen Behörden. Bei Cybervorfällen unterstützt das IKT&CySihZ mit seinem Military Computer Emergency Readiness Team (MilCERT) und stellt Expertise sowie technische Ressourcen bereit.



Auch auf internationaler Ebene pflegt das Zentrum Partnerschaften, etwa mit der NATO und der EU, um Bedrohungen gemeinsam zu analysieren und abzuwehren. Diese Zusammenarbeit ermöglicht einen schnellen Informationsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Abwehrstrategien. Sie trägt wesentlich zur Cybersicherheit Österreichs bei. So wird die Resilienz gegenüber digitalen Angriffen gestärkt und ein umfassender Schutz gewährleistet. Zudem werden im Krisenmanagement andere staatliche Stellen durch das Institut für Militärisches Geowesen (IMG) mit digital bereitgestellten Geodaten, Geländeanalysen und militärgeografischen Landesbeschreibungen unterstützt.

## Europäische Kooperation

Im europäischen Kontext beteiligt sich das BMLV an gemeinsamen Initiativen zur Stärkung der Cybersicherheit und pflegt Partnerschaften, um technologische Souveränität und Resilienz zu fördern. Die Zusammenarbeit mit Industrie, Verwaltung und internationalen Organisationen ist dabei ein zentraler Baustein der Digitalisierungsstrategie des Verteidigungsressorts.



CDO Generalmajor Hermann Kaponig

**„Im BMLV wird digitale Souveränität durch eigene Provider mit autarken und resilienten Services angestrebt. Hierfür sind strategische Kooperationen unerlässlich, um Innovationen voranzutreiben, Synergien optimal zu nutzen und technologische Abhängigkeiten zu minimieren.“**

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,  
Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft

# Natürlich gemeinsam

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) forciert in seinen vielfältigen Verantwortungsbereichen erfolgreich die Zusammenarbeit von Akteurinnen und Akteuren.



CDO SC DDr. Reinhard Mang

**„Digitalisierung kann nur unter Einbeziehung der betroffenen Akteurinnen und Akteure gelingen. Das BMLUK arbeitet seit vielen Jahren eng mit seinen vielen Partnerinnen und Partner zusammen, um deren Know-how bestmöglich für praxisgerechte und gute digitale Lösungen zu nutzen.“**

## HORA 3D: Neue Form der Risikokommunikation

Die digitale Risikolandkarte Natural Hazard Overview & Risk Assessment Austria (HORA) ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürgern eine rasche und einfache Ersteinschätzung der persönlichen Gefahrensituation und ist somit eine wichtige Grundlage für die Eigenvorsorge. Mehr als 1,2 Millionen Anwendungsaufrufe und mehr als 650.000 Downloads von HORA-Pässen im Jahr 2024 zeigen, dass klar verständliche Naturgefahreninformationen von der breiten Bevölkerung nachgefragt und angenommen werden. Im nun verfügbaren HORA 3D wird die völlig neue interaktive Karte der zweidimensionalen HORA 3.0-Daten mit Online-Simulationen verschiedener Hochwasserereignisse, vom 30-jährlichen bis zum 300-jährlichen Ereignis, dargestellt. Hinter der umfassenden Informationsplattform stehen viele verlässliche Partnerinnen und Partner. Finanziert wird die gesamte Umsetzung durch das BMLUK sowie durch den Versicherungsverband Österreich. Der Webkartendienst auf [www.hora.gv.at](http://www.hora.gv.at) wird von der Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH (LFRZ) im Auftrag des BMLUK betrieben.

[www.hora.gv.at](http://www.hora.gv.at)

## Digitale und vernetzte Landwirtschaft

Die digitale Transformation der Landwirtschaft in Österreich wird durch ein vielschichtiges Netzwerk von Mitwirkenden vorangetrieben. Zu den Haupt-

akteurinnen und -akteuren zählen Forschungseinrichtungen, die Interessenvertretungen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Industrie und Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe.

Das BMLUK übernimmt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Förderung der Digitalisierung im Agrarsektor. Es forciert die strategische Ausrichtung (beispielsweise mit dem Digitalen Aktionsplan Smart Farming, der Vision 2028+ und dem Umsetzungsplan zur Österreichischen KI-Strategie) und schafft u. a. im Rahmen des Programms zur ländlichen Entwicklung die notwendigen Rahmenbedingungen für den sicheren und effizienten Einsatz digitaler Technologien. Ein wesentlicher Baustein dieser Strategie ist die geplante Gründung eines österreichischen Kompetenznetzwerks für digitale Landwirtschaft, um die digitalen Kompetenzen, Infrastrukturen und Datenräume in der Landwirtschaft aufzubauen und weiterzuentwickeln.

Das Projekt „Innovation Farm“ spielt eine Schlüsselrolle bei der praktischen Umsetzung der Digitalisierung. Sie macht die digitale Transformation für die praktizierenden Landwirtinnen und Landwirte anhand konkreter Anwendungsfälle „begreifbar“, beschleunigt den Wissenstransfer, stärkt den Wirtschaftsstandort und ermöglicht die Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen. Der wesentliche Erfolgsfaktor der „Innovation Farm“ ist die enge Zusammenarbeit von über 20 Kooperationspartnerinnen und -partnern. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen für die landwirtschaftlichen Betriebe erfolgt mit spezifischen Bildungsangeboten v. a. durch das Landwirtschaftliche Fortbildungsinstitut (LFI) und durch eine gute landwirtschaftliche Ausbildung. Laut „Digital Skills Barometer 2024“ ist fast die Hälfte der befragten Landwirtinnen und Landwirte (49%) digital gut aufgestellt.

## WALDATLAS als Schlüssel zur modernen Waldinformation

Der digitale Wandel macht auch vor dem Wald nicht halt. Die Geodatenplattform WALDATLAS ist ein zukunftsweisendes Instrument, das datengestütztes Waldmanagement, nachhaltige Bewirtschaftung

und wissenschaftliche Analyse auf eine neue Ebene hebt. Die Entwicklung des WALDATLAS basiert auf der engen Zusammenarbeit verschiedener Organisationseinheiten:

- Bund, Wildbach- und Lawinenverbauung sowie die Bundesländer stellen grundlegende Geodaten bereit, wie beispielsweise Standortinformationen zu Naturgefahren und Schutzwald oder Schutzgebietskulissen. Der Bund definiert die Anforderungen und sorgt für die praxisnahe Ausrichtung der Plattform.
- Forschungseinrichtungen wie das Bundesforschungszentrum für Wald, die Universität für Bodenkultur Wien und weitere forstwissenschaftliche Institute unterstützen bei wissenschaftlicher Methodik, moderner Datenanalytik und innovativen Visualisierungstechnologien. Sie nutzen die Plattform im Projektmanagement und zugleich zur Entwicklung neuer Erkenntnisse für Waldökologie, Klimaanpassung und Biodiversität.
- IT-Dienstleister und Geoinformationsunternehmen kümmern sich um Schnittstellen, Datenstandards, Performance und die Integration heterogener Datenquellen. Moderne Cloud-Infrastrukturen und Open-Source-Technologien sind in diesem Zusammenhang essenziell.
- Öffentlichkeit, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer profitieren von der transparenten Verfügbarkeit der Geodaten (Metadaten für jeden Geodatensatz). Sie werden über Beteiligungsformate, Informationskampagnen (Social Media) und Schulungsangebote in die Weiterentwicklung der Plattform eingebunden.
- Der WALDATLAS ist ein Best-Practice-Beispiel dafür, wie sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Technologiebranche konkrete Innovationen hervorbringt. Dabei entsteht nicht nur ein digitales Produkt, sondern ein lernendes System, das kontinuierlich mit neuen Daten, Ideen und Perspektiven weiterentwickelt wird.

[www.waldatlas.at](http://www.waldatlas.at)

Bundesministerium für Wohnen, Kunst,  
Kultur, Medien und Sport

# Digitale Teamarbeit

Digitalisierungsinitiativen waren im Ressort im Jahr 2024 sehr breit gestreut. Wichtige Beiträge zur gemeinsamen digitalen Transformation wurden durch die Herausgabe strategischer Leitlinien, die Entwicklung konkreter Tools und den Ausbau der Infrastruktur geleistet.

## Praxisleitfaden: Ethik in der digitalen Verwaltung

Die Sektion öffentlicher Dienst veröffentlichte 2024 die Version 2.0 ihres erfolgreichen „Praxisleitfadens für Digitale Verwaltung“ mit Fokus auf KI, Ethik und Recht. Sie reagiert damit auf aktuelle technologische Entwicklungen (z. B. Sprachmodelle) und neue gesetzliche Rahmenbedingungen wie die KI-Verordnung der Europäischen Union. Der Leitfaden dient Verwaltungseinheiten als praxisnahes Werkzeug und wird laufend weiterentwickelt. Er ist ein Beispiel für verantwortungsvolle Digitalisierung.

Mehr dazu auf [www.oeffentlicherdienst.gv.at/](http://www.oeffentlicherdienst.gv.at/)

## Breitband: Infrastruktur für alle

Die Sektion Telekom und Post koordiniert die „Initiative Breitband Austria 2030“ mit dem Ziel, Gigabit-Anbindungen flächendeckend bereitzustellen – insbesondere auch im ländlichen Raum. Durch gezielte Förderungen (Breitband Austria 2020/Breitband Austria 2030) profitieren 1.618 Gemeinden. Über 99% der Haushalte haben Zugang zu 5G. Der Anteil gigabitfähiger Anschlüsse steigt stetig. Die Initiative bindet Telekomunternehmen, Länder, Gemeinden und KMU als zentrale Akteure ein.

[www.breitbandatlas.gv.at](http://www.breitbandatlas.gv.at)

## Kulturpool: Kulturerbe zugänglich machen und weiterentwickeln

Die Sektion Kunst und Kultur setzt auf fachübergreifende Stärkung und begleitet den digitalen Wandel im Kulturerbesektor strategisch. Der Kulturpool bietet freien Zugang zu über einer Million digitalisierter Objekte aus Kunst, Geschichte, Wissenschaft und mehr. Seit dem Relaunch 2024 ist er zentrale Plattform der Strategie Kulturerbe digital und nationale Schnittstelle zur virtuellen Bibliothek Europeana. Die technische Umsetzung erfolgte durch das Naturhistorische Museum Wien mit EU-Mitteln. Neben Sammlungen bietet der Kulturpool auch Beratung, Schulungen und Vernetzung für Institutionen. So wird digitales Kulturerbe zugänglich, sichtbar und nachhaltig weiterentwickelt.

[www.kulturpool.at](http://www.kulturpool.at)



*Flächendeckende Infrastruktur: Über 99 % der Haushalte in Österreich haben bereits Zugang zu 5G.*



CDO Mag. Florian Dohnal, MA

**„Die Vielfalt unserer Akteurinnen und Akteure – von Infrastruktur über Fachabteilungen bis zur strategischen Leitlinie – ist das zentrale Merkmal unserer Digitalisierungsinitiativen. Das Zusammenspiel zeigt: Digitalisierung ist Teamarbeit.“**





# Beitrag der Länder

Ausgewählte Projekte der Bundesländer



# Burgenland



# Digitaler Sprung nach vorn

Die Digitalisierung in der burgenländischen Landesverwaltung wird gesamtheitlich gedacht.

Dafür wurden 2024 strategische Gremien etabliert und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit wurde auf ein neues Niveau gehoben.

## KI-Initiative im Land

Digitale Dienstleistungen sollen durch die Unterstützung von neuen, intelligenten Lösungen mit künstlicher Intelligenz das Leben der Bürgerinnen und Bürger und die Arbeit der Landesbediensteten nachhaltig verbessern. Mit einer internen KI-Richtlinie wurde der Grundstein gelegt, um einen verantwortungsvollen dienstlichen Einsatz von generativer KI in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Landesholding Burgenland zu regeln. Weitere Maßnahmen, wie E-Learning für alle Bediensteten und ein internes KI-Lab als zentrale Plattform, um KI zu erforschen und sichere Rahmenbedingungen zu schaffen, sind in Planung. Durch neu eingerichtete strategische Gremien, wie den Expertenbeirat und den Lenkungsausschuss, wird die digitale Transformation im „Haus Burgenland“ gezielt gesteuert und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit auf ein neues Niveau gehoben.

## Elektronische Regierungssitzung

Die Ausrollung des elektronischen Aktensystems „b.el@k“ in sämtlichen Bezirkshauptmannschaften und Abteilungen des Amtes der Burgenländischen Landesregierung wurde erfolgreich abgeschlossen. Mit der vollständigen Abwicklung der Regierungssitzungen über den b.el@k können Beschlüsse der Landesregierung nun auch ortsunabhängig (z. B. von

mobilen Geräten per App) erfolgen und parallele Bearbeitungsschritte von mehreren Personen gleichzeitig durchgeführt werden. Damit laufen interne Prozesse effizienter ab. Entscheidungen können rascher getroffen werden. Mit dem elektronischen Akt wurde ein wichtiger Schritt gesetzt, um den Bedürfnissen der digitalisierten Gesellschaft gerecht zu werden.

## Personalisierte Plattform für M- bzw. E-Government

Die Burgenländische Landesregierung hat im „Zukunftsplan Burgenland 2030“ eine konsequente Verfolgung der Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungs- und Behördendiensten als Ziel festgelegt. Die digitale Transformation soll nun insbesondere im Bereich des M- bzw. E-Government im Land Burgenland weiterverfolgt werden. Mit der angestrebten Umsetzung wird auf die Schaffung einer nutzerzentrierten, effizienten und modernen digitalen Umgebung abgezielt. So sollen – über klassische Formulare hinausgehend – innovative Ansätze im Bereich der Interaktion mit den Förderwerberinnen und Förderwerbern, wie der Einsatz von KI bzw. Chatbots zur Beratung und Beantragung, verfolgt werden. Die Digitalisierung soll so merklich vorangetrieben und die Effizienz und Geschwindigkeit für alle relevanten Akteurinnen und Akteure (Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung) erhöht werden. Die Prinzipien „once only“, „digital first“ und „mobile first“ sind dabei die strategischen Eckpfeiler.



Landesamtsdirektor Mag. Ronald Reiter, MA

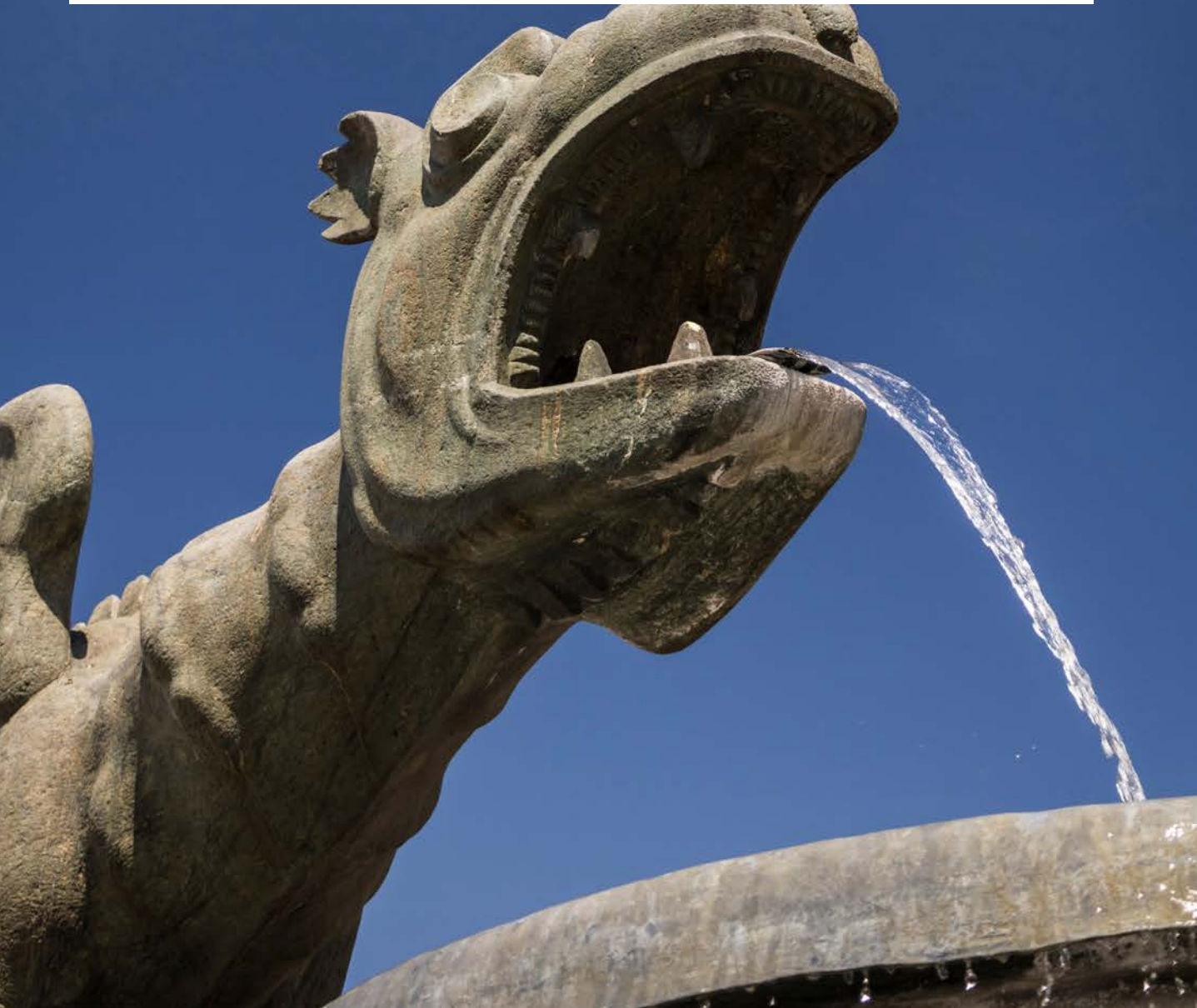


# Kärnten

## Digitalisierungsschub für erneuerbare Energie

Mit der Automatisierung des Förderprozesses für Solarspeicher und PV-Anlagen hat das Land Kärnten gemeinsam mit Kooperationspartnerinnen und -partnern einen wichtigen Schritt für Verwaltungsmodernisierung und Klimaschutz gesetzt.

Angesichts der steigenden Nachfrage nach erneuerbaren Energien und der Notwendigkeit, Klimaschutzmaßnahmen zu beschleunigen, setzte sich Kärnten das Ziel, die Förderabwicklung digital neu zu gestalten. Hauptziele waren die Automatisierung von Antrags- und Bearbeitungsprozessen, der Abbau bürokratischer Hürden sowie die Förderung der Investitionsbereitschaft in PV- und Solarspeicheranlagen.



## Umsetzung in enger Kooperation

Die Umsetzung des Digitalisierungsprojekts erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen der zuständigen Fachabteilung, der Landes-IT und den Anbietenden des elektronischen Aktes (ELAK). Im Mittelpunkt stand dabei die Einführung einer modernen Prozess-optimierungsplattform. Sie ermöglicht es, sämtliche Schritte im Förderablauf – von der Antragstellung bis zur Bewilligung – systematisch zu analysieren, neu zu strukturieren und digital abzubilden.

Ein zentrales Element war der Einsatz von Technologien, die zur Automatisierung und Validierung der Antragsdaten beitragen. So können Anträge bereits bei der Eingabe auf formale Vollständigkeit und Plausibilität geprüft werden. KI-gestützte Prüfalgorithmen ermöglichen eine rasche Vorentscheidung, identifizieren potenzielle Fehlerquellen und entlasten die Verwaltung von Routinetätigkeiten.

## Benutzerfreundlich und effizient

Die Plattform wurde modular aufgebaut, um eine langfristige Skalierbarkeit und Erweiterbarkeit zu gewährleisten. Sie integriert sowohl benutzerfreundliche Oberflächen für Bürgerinnen und Bürger, als auch effiziente Backend-Funktionen für die Verwaltung. Die nahtlose Datenintegration mit bestehenden Fachapplikationen ermöglicht es, Medienbrüche zu vermeiden und Prozesse erheblich zu beschleunigen.

## Einbindung in den Gestaltungsprozess

Neben der technischen Entwicklung spielte auch das Change-Management eine wichtige Rolle: Mitarbeitende der Verwaltung wurden gezielt geschult und in den Gestaltungsprozess eingebunden, um eine hohe Akzeptanz und reibungslose Inbetriebnahme sicherzustellen.

Durch diese umfassende Herangehensweise – Prozessanalyse, digitale Plattform, KI-Integration und Schulung – konnte ein vollautomatisierter, transparenter und zukunftsfähiger Förderprozess

realisiert werden, der als Modell für weitere Digitalisierungsinitiativen dienen kann.

## Messbare Erfolge

Die Erfolge sind deutlich messbar: Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer wurde um rund 70 % reduziert. Über 500 Förderanträge konnten in den ersten Wochen nach dem Start schnell und effizient bearbeitet werden. Die neue Lösung hat die Transparenz deutlich erhöht und wird von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen sehr gut angenommen. Gleichzeitig konnte das Vertrauen in öffentliche Fördermechanismen gestärkt werden. Im Rahmen der Projektauswertung wurde als zentrale Erkenntnis („Lessons Learned“) identifiziert, dass die automatisierte Prüfung der digital eingereichten Unterlagen – insbesondere unter Einsatz von künstlicher Intelligenz – einen vielversprechenden Ansatz für künftige Weiterentwicklungen und eine weitere Vereinfachung der Verwaltungsabläufe darstellt.



Landesamtsdirektor Mag. Dr. Dieter Platzer



Verwaltungseffizienz steigern mit Hilfe der Digitalisierung:  
Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Förderanträgen wurde um rund 70 % reduziert.



# Niederösterreich



# Digitalisierung als Teamaufgabe

Digitalisierung in der niederösterreichischen Landesverwaltung ist eine gemeinsame Aufgabe: Neben den Stellen, die sich explizit mit Digitalisierung beschäftigen, sind alle Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgerufen, aktiv zur digitalen Transformation beizutragen.

## KI-Lösungen für innovative Verwaltungsprojekte

Für den Bereich der KI wurde eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, die KI-Initiativen interdisziplinär aus den Blickwinkeln der IT, der Organisation, des Rechts und der Soziologie beleuchtet und verfolgt. Die Abteilung Landesamtsdirektion ist mit den Bereichen Informationstechnologie und Organisationsentwicklung zentrale Koordinationsstelle für nahezu alle Digitalisierungsprojekte. Sie arbeitet eng mit anderen Abteilungen und externen Partnerinnen und Partnern zusammen, damit die Projekte effizient umgesetzt werden. Nach außen gerichtet fördert die Geschäftsstelle für Technologie und Digitalisierung mit Jahres- und Schwerpunktthemen die Entwicklung des Standorts Niederösterreich im digitalen Bereich.

Mit dem Projekt KINOEB stellt die Abteilung Landesamtsdirektion-Informationstechnologie etwa interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine KI-Lösung zur Verfügung, die unter Berücksichtigung des Datenschutzes als Innovationslabor für neue Projektideen genutzt werden kann. KINOEB ermöglicht es, der KI Dokumente zur Verfügung zu stellen und diese in Prompts miteinander zu verbinden. Vielfach entstanden daraus neue Ideen für Verwaltungsvereinfachungen.

## Plattform für digitale Kompetenz und Innovation

Die einmal jährlich stattfindende Veranstaltung „Forum Digitalisierung“ bietet Führungskräften seit 2017 eine Plattform zum Austausch und zur Vertiefung digitaler Kompetenzen. Führende Expertinnen und Experten aus dem universitären Bereich und der Wirtschaft, aber auch interne Wissensträgerinnen und Wissensträger, führen an neueste Technologien heran, die in der Verwaltung einen Mehrwert erzeugen können. In Workshops wird dieses Wissen vertieft, sodass Anwendungsfälle in der Verwaltung identifiziert werden, die die digitale Transformation vorantreiben.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Rückgrat der Digitalisierung

Eine Machbarkeitsstudie für die KI-gestützte Gutachtererstellung, die 2024 abgeschlossen wurde, zeigt klar, dass das Fachwissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enormes Potenzial für innovative Digitalisierungsprojekte bietet. Solche Projekte schaffen sowohl für Bedienstete, als auch für Bürgerinnen und Bürger einen hohen Mehrwert. Im Rahmen des Digi-Contests haben Bedienstete die Möglichkeit, ihre Ideen für digitale Projekte einzubringen. Außerhalb des Digi-Contests bietet das „Ideenkistl“ eine digitale Einreichplattform für Ideen aller Art. Für die horizontale Vernetzung sorgen Digitalisierungsbeauftragte in jeder Abteilung, die u. a. durch Online-Veranstaltungen in regelmäßigem Austausch mit der IT-Abteilung stehen.



Landesamtsdirektor Mag. Werner Trock



# Oberösterreich

## Innovation & Change im Team

2024 wurden in der Landesverwaltung die Stabsstellen „Change Management“ und „Digitale Innovation“ direkt beim Landesamtsdirektor aufgebaut. Die Zusammenarbeit mit externen Stakeholdern und Unternehmen wurde intensiviert.

Digitalisierung umfasst die gesamte oberösterreichische Landesverwaltung. Akteurinnen und Akteure der Digitalisierung in allen Bereichen sind dabei der Landeshauptmann, die Landesregierung, alle Verwaltungseinheiten, wie Direktionen und Bezirkshauptmannschaften, sowie Führungskräfte und Mitarbeitende. Koordiniert und bei Bedarf final priorisiert werden die Digitalisierungsvorhaben durch den Landesamtsdirektor. Dies erfolgt gemeinsam mit den Abteilungen IT, Präsidium, Personal und Finanzen.

## Zusammenarbeit intensiviert

Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen 2024 organisatorische, regulatorische und technologische Optimierungen. Sie reichen von Prozessen über die Datenverwaltung bis hin zu den erbrachten Leistungen und deren kontinuierlicher Weiterentwicklung. Zudem wurden die Stabsstellen „Change Management“ und „Digitale Innovation“ direkt beim Landesamtsdirektor aufgebaut, um die digitale Transformation zu unterstützen. Auch die Zusammenarbeit mit externen Stakeholdern und Unternehmen wurde intensiviert, etwa durch Einrichtung eines Digital Innovation Hubs, der die Kooperation mit der Linzer Johannes Kepler Universität (JKU) fördert. Zudem wurde zur Verbesserung des Zusammenspiels von anfordernden Dienststellen mit der Abteilung IT und der Amtsleitung „Demand Management“ eingeführt.

Nachfolgende beispielhafte Projekte zeigen, wie Oberösterreich 2024 die digitale Transformation forciert hat.

## SocialBuddy – Sozialratgeber OÖ

Der Chatbot bietet Bürgerinnen und Bürgern eine benutzerfreundliche und leicht zugängliche Informationsquelle zu sozialen Leistungen und Unterstützungsangeboten. Die Initiative entstand im Digital Innovation Hub, wo das Konzept für einen Large-Language-Modell-basierten Chatbot ohne laufenden redaktionellen Aufwand erarbeitet wurde. In Zusammenarbeit auch mit dem externen Technologiepartner Fivesquare folgte der Entwicklungsprozess dem Prinzip des Innovationstrichters:

iterativ nach ersten Prototypen testen, dann optimieren und schließlich schrittweise ausrollen.

## Digitales Hunderegister

Dieses Register vereinfacht die Verwaltung von Hundehaltungen. Das Register ermöglicht allen oberösterreichischen Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden den schnellen und übersichtlichen Zugriff auf alle relevanten Informationen – und verbessert so die Überwachung und Verwaltung der Vorschriften zur Haltung von Hunden.

## Digitale Ausweise für Straßenaufsichtsorgane

Diese Webanwendung zur Digitalisierung der Ausweise für Straßenaufsichtsorgane kann als erstes Register eines Bundeslandes über den Register- und Systemverbund abgefragt werden. Ziel ist, die Landes-Ausweise in die „eAusweise“-App des Bundes zu integrieren.

Oberösterreich setzt weiter auf seinen Weg der digitalen Transformation und verfolgt dabei die großen Ziele, die Lebensqualität für 1,5 Millionen Menschen in der Region weiter zu verbessern und den Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken. Kooperationen mit anderen Akteurinnen und Akteuren der Digitalisierung auf allen Ebenen, darunter andere Bundesländer und der Bund, sind Oberösterreich stets willkommen.



Landesamtsdirektor Mag. Thomas Schäffer



# Salzburg

## Praxiserfahrung für Digitalisierung nutzen

Das Land Salzburg setzt auch beim Einsatz von künstlicher Intelligenz auf die Zusammenarbeit von Dienststellen mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, Partnerinnen und Partnern.

## „KI-Sandbox“ für sichere KI-Plattform

Mit dem Projekt „KI-Sandbox“ der Landesverwaltung Salzburg wurde eine sichere KI-Plattform aufgebaut, um erste technische und fachliche Erfahrungen mit künstlicher Intelligenz zu sammeln. Ziel war es, die Möglichkeiten von sprachbasierten KI-Modellen für Verwaltungsprozesse zu erschließen und dabei den Datenschutz zu gewährleisten. In Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren der Verwaltung, darunter Fachdienststellen, der Salzburger Verwaltungsakademie und externen Partnern, wurden mit dem neuen System ein KI-basierter Chatbot, die automatisierte Analyse von PDF-Dokumenten und ein KI-gestützter Personal-Wegweiser erfolgreich umgesetzt.

Die im Projekt erarbeiteten Leitlinien und Standards regeln die Nutzung von KI in der Landesverwaltung. Nur rechtlich unbedenkliche Inhalte dürfen verwendet werden. KI dient als Unterstützung vorhandener fachlicher Expertise. Ergebnisse müssen ethisch und moralisch unbedenklich sein. KI-erstellte Inhalte müssen zudem gekennzeichnet und überprüft werden. Ein ebenso im Projekt geplantes umfangreiches Schulungsangebot stellt sicher, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter praxisnahe Anwendungsbeispiele kennenlernen. Das Projekt „KI-Sandbox“ zeigt, wie KI sicher und effizient in der Verwaltung eingesetzt werden kann, um Arbeitsprozesse zu verbessern und den Datenschutz zu gewährleisten.

## Gemeinsame Entwicklung der Salzburger KI-Strategie

Die entwickelte KI-Strategie umfasst fünf übergeordnete strategische Ziele für den KI-Einsatz in der Landesverwaltung. Darüber hinaus wurde ein Maßnahmenpaket entwickelt, um die strategischen Ziele zu unterstützen und den KI-Einsatz im Land voranzutreiben. Dieses beinhaltet u. a. die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Bildungsprogrammes, die Etablierung von Kooperationen sowie eine Analyse zu potenziellen Fördermöglichkeiten. Zudem wurden mögliche Anwendungsfälle (Use Cases) für einen KI-Einsatz identifiziert, priorisiert und eine Umsetzungs-

planung vorgenommen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Projekts war die breite Einbeziehung der Dienststellen, da aus der täglichen Praxis heraus viele gute Ideen für einen möglichen KI-Einsatz entstehen.

## Medienbruchfreie Verfahren mit DIVAS

Das DIVAS-Projekt verfolgt das Ziel, eine prozessgesteuerte, organisationsübergreifende und gemeinsame Plattform zur vollständig digitalen Abwicklung von Verfahren nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) im Land Salzburg zu erstellen. Von der Antragsstellung und -prüfung über das gesamte Ermittlungsverfahren bis zur Bescheid-Erstellung kann der gesamte Verfahrensprozess medienbruchfrei auf DIVAS erledigt werden. Konfigurationsmöglichkeiten schaffen dabei Individualität für unterschiedliche Verfahren. Bestandssysteme sollen bestmöglich eingebunden werden. Schrittweise werden weitere AVG-Materienverfahren implementiert.

DIVAS unterstützt die Verwaltung dabei, Verfahrensprozesse zu optimieren, zu vereinheitlichen und zu standardisieren. Die Arbeit von internen und externen Stakeholdern wird digital weiterentwickelt und vereinfacht.



Landesamtsdirektor Dr. Sebastian Huber MBA



# Steiermark



# Vernetzt und effizient

Digitalisierung wird in der Steiermark bürgernah sowie mit Blick auf nachhaltige Standortentwicklung forciert. Digitalisiert wurde 2024 auch die Jagdkarte.

## Wirksame Digitalisierungsunterstützung für steirische Unternehmen

Besonders für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist die digitale Transformation herausfordernd. Die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SFG) setzt gemeinsam mit den steirischen Clustern und Netzwerken gezielte Impulse: Förderprogramme wie „Lebens!Nah“, „Ideen!Reich“ oder „Spitzen!Leistung 2022+“ unterstützen Digitalisierungsprojekte bedarfsorientiert – von neuen IT-Tools im Betrieb über innovative digitale Produkte bis zur digitalen Kompetenzen. Die steirischen Cluster aktivieren Netzwerke, bündeln Wissen und entwickeln gemeinsam mit Unternehmen zukunftsfähige Lösungen. Die Förderaktion „Cyber!Sicher“ stärkt das Bewusstsein für IT-Sicherheit in KMU – auch bei den Mitarbeitenden.

## Vielfältige digitale Verwaltungsservices

Die steirische Landesverwaltung nutzt Erfahrung und bestehende Daten für komfortable digitale Verwaltungsservices. So konnte bei der Förderung zum Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichsgesetz (LWA-G) auf Erkenntnisse und das IT-System für Förderungen nach dem Wohn- und Heizkostenzuschussgesetz (WHZG) aufgebaut werden. Eine automatisierte Fallabwicklung über eine Workflow-Engine und automatisierte Register- und Datenbankabfragen ermöglichten die rasche Bearbeitung von

über 55.000 Förderanträgen – ganz im Sinne des „No-Stop-Government“.

Mit dem Kinderportal Steiermark wurde eine digitale Plattform für die rund 20.000 Vormerkungen für das Betreuungsjahr 2025/26 von Kinderbetreuungsplätzen geschaffen. Das Erhalterportal bietet Erhaltern die zentrale Verwaltung von Vormerkungen und Anpassungen ihrer Angebote. Diese Daten unterstützen auch bei der Auswertung und Planung für eine bedarfsgerechte Betreuung.

Mit der digitalen Jagdkarte setzt die Steiermark Maßstäbe: Mit der vollständigen Digitalisierung von 38.000 Jagdkarten wurde österreichweit erstmals ein digitaler Ausweis, der als Original gilt, in der Steiermark-App umgesetzt. Dafür wurden Register und Datenschnittstellen angebunden. Die bisher externe Jagdkartenverwaltung in Bezirkshauptmannschaften, dem Magistrat Graz und der Abteilung für Land- und Forstwirtschaft wurde damit abgelöst.

Mit „EVENT“ digitalisiert und automatisiert die Landesverwaltung die Seminar- und Veranstaltungsorganisation: Veranstalterinnen und Veranstalter planen, erstellen Inhalte, versenden Einladungen, verwalten Anmeldungen und Listen, Urkunden und Tischkarten. Teilnehmende melden sich online an und geben Feedback, erhalten Kursunterlagen oder weitere Benachrichtigungen. Referierende stellen Inhalte und Teilnahmebestätigungen bereit. Ein QR-Code vereinfacht die Akkreditierung vor Ort – der gesamte Prozess ist vernetzt, transparent und effizient.



Landesamtsdirektorin Mag. Brigitte Scherz-Schaar



# Tirol

## Gemeinsam für digitale Weiterentwicklung

Schneller, nachvollziehbarer, digitaler: Das Land Tirol forciert die zielgerichtete digitale Transformation der Verwaltung auch durch einen 2024 gestarteten, großen Beteiligungsprozess.

Die Akteurinnen und Akteure der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung sind vielfältig. Sie umfassen verschiedenste Gruppen und Institutionen, wie Politikerinnen und Politiker, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bürgerinnen und Bürger und Systempartner. Der im März 2024 gestartete Tirol-Konvent sieht vor, im Rahmen eines Beteiligungsprozesses von Bürgerinnen und Bürgern sowie Systempartnern, wie zum Beispiel Interessenvertretungen, Vorschläge für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Tiroler Landesverwaltung zu erarbeiten. Die Bereiche wurden in sechs Handlungsfelder unterteilt, wobei eines die „Nachvollziehbarkeit und Beschleunigung durch Digitalisierung“ behandelt. Durch Interviews, interne und externe Workshops sowie einen Bürgerinnen- und Bürger-Rat wurden im vergangenen Jahr Bedürfnisse, Ideen und Feedbacks gesammelt, um konkrete Maßnahmen im digitalen Bereich für eine bürgernahe und moderne Verwaltung zu identifizieren. Dabei wurden u. a. die folgenden Maßnahmen festgelegt.

## Digital Service Tirol als digitale Anlaufstelle erweitern

Mit „Digital Service Tirol“ stellt das Land eine Plattform bereit, die Services für angemeldete Privatpersonen und Unternehmen auf einer zentralen Seite bündelt. Somit wird ein zentraler, sicherer und komfortabler Zugang zur Landesverwaltung ermöglicht. Diese Online-Plattform wird als digitale Anlaufstelle mit neuen Serviceangeboten kontinuierlich ausgebaut. Zudem soll die schnittstellenfreie Kommunikation mit digitalen Anwendungen des Bundes laufend erweitert werden.

## Digitale Zusammenarbeit erleichtern

Die digitale Zusammenarbeit in der Landesverwaltung sowie die Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern soll erleichtert werden. Die landeseigene Tirol-Box wird als Cloudspeicher für die Verwendung gemeinsamer Dokumente genutzt. In einem weiteren Ausbau soll sie als Kollaborationsplattform auch das gleichzeitige Bearbeiten der Dokumente ermöglichen.

## Abbau von Doppelgleisigkeiten und Datenmanagement

Im Rahmen von Digitalisierungsmaßnahmen werden die bestehenden zentralen Register schrittweise unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorschriften als Grundlage und Datenbasis benutzt. Mit dem Tiroler Digitalisierungsgesetz, das am 1. Jänner 2024 in Kraft getreten ist, wurde in zahlreichen Materiengesetzen des Landes die Möglichkeit eröffnet, Registerdaten für die Verwendung in hoheitlichen Verfahren zu nutzen. Durch die Ausweitung der Möglichkeit, Register abzufragen, können Antragstellerinnen und Antragsteller von der Vorlage bestimmter Nachweise entlastet werden. Das Land Tirol wird auch in Zukunft die unterschiedlichen Bedürfnisse und Anforderungen aller Akteurinnen und Akteure in die digitale Weiterentwicklung einfließen lassen.



Landesamtsdirektor Dr. Herbert Forster



# Vorarlberg



# Gemeinsam schneller zum Erfolg

Das Land Vorarlberg bindet bei digitalen Transformationsprojekten nicht nur Gemeinden, sondern auch das Nachbarbundesland Tirol gezielt ein.

## Digitalisierung mit gemeinsamer Strategie

Mit der Digitalisierungsstrategie der Landesverwaltung wurde das strategische Regelwerk für die Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Vorarlberger Landesverwaltung geschaffen. 2024 wurden die Schwerpunkte der Digitalisierung für die Landesverwaltung neu definiert und eine Roadmap mit Maßnahmen wurde für die Umsetzung abgeleitet. Beispiele sind die Entwicklung des Serviceportals Vorarlberg und KI-Lösungen ab 2025. Ziele der Landesverwaltung sind beschleunigte Prozesse sowie orts- und zeitunabhängige Eingaben für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung profitieren von medienbruchfreien, effizienten Prozessen.

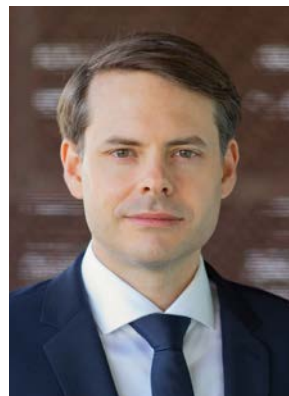
## Elektronischer Flächenwidmungsplan

In Kooperation mit dem Land Tirol wurde das Projekt zur Umsetzung des Elektronischen Flächenwidmungsplans (eFWP) begonnen. Er ermöglicht digitale, rechtssichere und effiziente Umwidmungsverfahren. Dokumente werden automatisiert erstellt, potenzielle Nutzungskonflikte durch Abgleich mit z. B. Gefahrenzonenplänen aufgezeigt und die rechtskonforme Abwicklung von Gemeindeverfahren über die aufsichtsbehördliche Prüfung bis zur Kundmachung dokumentiert. Das bringt standardisierte

Prozesse und Prüfroutinen, beschleunigte Verfahren, den Abruf von rechtsgültigen Verordnungsplänen im „Vorarlberg Atlas“ und öffentlich einsehbare Verfahrensstände.

## Digitale Zusammenarbeit von Land und Gemeinden via V-DOK – dem Vorarlberger ELAK

Das Vorarlberger Dokumentenmanagementsystem V-DOK bzw. seine Vorläufer ermöglichen seit 1998 den medienbruchfreien, rechtsverbindlichen Dokumentenaustausch in der Landesverwaltung einschließlich der Bezirksverwaltung. Seit 2025 ist V-DOK auch in allen Vorarlberger Gemeinden im Einsatz und ermöglicht somit nun eine sichere und flächendeckende elektronische Kommunikation in der Vorarlberger Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung. Dokumente können medienbruchfrei zwischen Land und Gemeinden sowie zwischen den Gemeinden untereinander ausgetauscht werden. Dies optimiert Abläufe und stärkt die Zusammenarbeit und Transparenz zwischen den Verwaltungsebenen. Verfahren werden beschleunigt und sind durchgängig medienbruchfrei.



Landesamtsdirektor Mag. Philipp Abbrederis



# Wien

## Wiener Lebensqualität im digitalen Raum

Wien entwickelte 2024 seine digitalisierungspolitischen Grundlagen weiter und erhöhte systematisch die digitalen Kompetenzen in den Dienststellen.

### Digitale Agenda der Stadt Wien 2030

Am 24. Oktober 2024 wurde im Wiener Gemeinderat die neue Digitale Agenda der Stadt Wien 2030 beschlossen. Auf dieser Basis will Wien den technologischen Fortschritt bestmöglich nutzen – und dabei die Wienerinnen und Wiener in den Mittelpunkt stellen. Wien soll weiterhin eine Stadt bleiben, in der Menschen gerne leben, wohnen, arbeiten, studieren und in die Schule gehen. Dazu braucht es – auch im Bereich der Digitalisierung – konkret erlebbare Verbesserungen für den Alltag und technologische Entwicklungen mit sozialer Verantwortung.

Mit der Digitalen Agenda 2030 setzt Wien auch einen Fokus auf den Umgang mit den Schattenseiten der Digitalisierung: Fake News, Cyberkriminalität, Cybermobbing und Deepfakes bereiten der Bevölkerung Sorgen. Es wurde die Cybercrime-Helpline eingerichtet. Service- und Unterstützungsangebote der Stadt werden auch in Zukunft weiter ausgebaut.

Die aktuellen Herausforderungen – Klimakrise, Urbanisierung, Digitalisierung – erfordern eine beschleunigte Weiterentwicklung in Wien. In der Smart Klima City Strategie Wien sind die Leitplanken hierfür beschrieben. Die Digitale Agenda der Stadt Wien orientiert sich wesentlich an der Smart Klima City Strategie und setzt davon abgeleitete Maßnahmen. Die Agenda präzisiert diese Leitplanken für den Bereich der Digitalisierung. So soll die Wiener Lebensqualität auch in den digitalen Raum übertragen werden. Die folgenden Teilstrategien formulieren die Digitale Agenda 2030 der Stadt Wien weiter aus und tragen zur Umsetzung der Ziele der Digitalen Agenda bei: Data Excellence, künstliche Intelligenz, Cloud-Services, Digital Health, Digitale Bildungsstrategie, Digitalisierungsstrategie.

## Neue digitale Plattform für Zusammenarbeit

Nach einer intensiven Vorbereitungsphase seit 2021 und einem detaillierten Vergleich im Jahr 2023 hat sich die Stadt Wien entschieden, Microsoft 365 (M365) als neue digitale Plattform im Jahr 2024 einzuführen. M365 löst unter anderem Office 2016 und 2019 ab. Diese Entscheidung basiert auf einem umfassenden Vergleich zwischen mehreren Varianten der Office-Produkte von Microsoft, als auch Produktvarianten anderer Hersteller. Der Einsatz von M365 als moderne Plattform für die digitale Zusammenarbeit unterstützt die Digitale Agenda.

## Transformationsteams für digitale Transformation

Die digitale Transformation bedeutet auch für die Wiener Stadtverwaltung große Veränderungen, um

IT produktiv einsetzen zu können. Die Magistratsdienststellen benötigen ein klares Bild, was mit digitalen Tools gelöst werden kann und soll. Dafür sind umfassende digitale Kompetenzen erforderlich. Die Stadt Wien begann 2024, die Digital Officers in den Dienststellen systematisch auszubilden, um deren digitale Kompetenzen zu erhöhen, was für die Umsetzung der digitalen Transformation in den Dienststellen der Stadt Wien unabdingbar ist. Die Digital Officers haben die Aufgabe, im Rahmen von Transformationsteams die Transformationsprozesse in ihren Magistratsdienststellen gemeinsam mit den Dienststellenleitungen zu forcieren.

## Mehr Cybersicherheit mit NIS-2

Das Thema Cybersicherheit gewinnt fortlaufend an Bedeutung. Das Zusammenspiel zwischen Cybersicherheit und Digitalisierung spielt daher im Magistrat der Stadt Wien eine wichtige Rolle. Auch neue Anforderungen wie die NIS-2-Richtlinie der EU sind hierbei zu berücksichtigen. Anfang 2024 wurde daher ein Programm zur Umsetzung der Anforderungen auf Basis der NIS-2-Richtlinie der EU und des Entwurfs zum Netz- und Informationssystemsystemsicherheitsgesetz 2024 (NISG 2024) sowie der Vorarbeiten des BMI und BKA zur zukünftigen NIS-Verordnung („CSP-Drafts“) ausgearbeitet. Mit dem Beginn des Programms im Sommer 2024 umfassen die Tätigkeiten seither unter anderem die Bewertung des Schutzbedarfs von Geschäftsprozessen und der zugehörigen IKT-Dienste in Bezug auf Cyber-Sicherheitsvorfälle, das Erstellen von Maßnahmenplänen und die Umsetzung von dienststellenübergreifenden Maßnahmen im Magistrat der Stadt Wien.



Landesamtsdirektor Mag. Dietmar Griebler, MBA

Österreichischer Gemeindebund

# Digitalisierung braucht kommunale Zusammenarbeit

Die Digitalisierung der Gemeinden beginnt mit stabilem Internet und wächst mit starken Partnerschaften für eine smarte und zukunftsfähige Verwaltung. Auf kommunaler Ebene ist die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure besonders wichtig.

## Stabiler Internetzugang

Die Erfahrungen des Gemeindebundes zeigen: Der erste Schritt zur Digitalisierung muss immer die Bereitstellung eines flächendeckenden und stabilen Internetzugangs sein. Der Mobilfunkzugang wird im Land stetig ausgebaut. Österreich hat jedoch beim Glasfaserausbau im EU-Vergleich Handlungsbedarf. Umso wichtiger ist es, dass die Netzbetreiber ihre Aktivitäten in diesem Bereich fortsetzen. Stabiles Internet, sowohl zu Hause als auch auf mobilen Geräten, ist für die digitale Weiterentwicklung unerlässlich.

## Potenziale besser nutzen

Digitalisierungsprojekte in den Gemeinden werden häufig mit verschiedenen IT-Unternehmen umgesetzt. Dienstleister, die auf digitale Lösungen für die öffentliche Verwaltung spezialisiert sind, spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie ermöglichen es Gemeinden, mit unterschiedlichen Anwendungen, die Verwaltung und das Bürgerservice zu verbessern. So haben sich zehn Ybbstaler Gemeinden dazu entschlossen, das gemeinsame Projekt „Digitaler Zwilling“ zu starten. Ziel ist es, Leerstände und Brachflächen digital zu erfassen und Potenziale besser zu nutzen.

## Digitale Kompetenzen entscheiden

Digitale Anwendungen sind nicht immer selbsterklärend. Viele Bürgerinnen und Bürger, insbesondere jene mit weniger ausgeprägten digitalen Kenntnissen, dürfen nicht überfordert werden. Schulen, Universitäten sowie private und öffentliche Weiterbildungsanbieter spielen eine zentrale Rolle bei der Stärkung digitaler Kompetenzen. Das Land Niederösterreich zeigte beispielsweise mit seiner Webinarreihe „digiCafe“ besonderes Engagement. Diese Initiative behandelte Themen rund um die digitale Verwaltung und den Einsatz künstlicher Intelligenz.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Bund ist wichtig, um die digitalen Fähigkeiten der Bevölkerung zu stärken. Im Rahmen der Digitalen Kompetenzoffensive werden kostenlose Workshops für verschiedene Themen direkt in den Kommunen organisiert. Die Gemeinden können Schulungen über eine Buchungsplattform anfragen. Ist das Angebot und der Termin fixiert, muss die Kommune lediglich Räumlichkeiten und eine Mindestteilnehmeranzahl sicherstellen.



## Elektronische Amtstafeln und Chatbots

Sind genug Ressourcen und IT-Anbieter verfügbar, beschreiten viele Gemeinden ambitioniert den Weg der Digitalisierung. So haben beispielsweise zahlreiche Kommunen im vergangenen Jahr elektronische Amtstafeln eingeführt, welche die digitale Bereitstellung von Nachrichten ermöglichen. Auch Chatbots sind im Einsatz, um häufige Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern mit Hilfe künstlicher Intelligenz zu beantworten. Viele Kommunen gehen sogar noch einen Schritt weiter: So ist es beispielsweise der Gemeinde St. Marien in Oberösterreich gelungen, vollständig papierlos zu werden. Verwaltungsprozesse werden nun mit der Hilfe von SAP digital durchgeführt.



Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebund Mag. Gerald Poysl

## Daten als wichtigster Akteur

Anonymisierte Nutzungsdaten liefern wertvolle Erkenntnisse. So können Gemeinden ihre Dienstleistungen besser auf die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger ausrichten und Ressourcen effizient einsetzen. Denn mit den Daten kann aufgezeigt werden, welche kommunalen Services besonders nachgefragt sind oder welche Prozesse in der Verwaltung automatisiert werden können. Die Möglichkeiten zur Datenanalyse sind vielfältig und bilden die Grundlage für gezielte Zukunftsstrategien. So hat die Gemeinde Neuhaus in Kärnten ihre Wasserzähler mit Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) ausgestattet. Diese neue Technologie liefert wertvolle Informationen zur Wasserversorgung und kann kritische Füllstände frühzeitig erkennen.

Der Österreichische Gemeindebund hat sich zum Ziel gesetzt, eine Lösung zu finden, um verschiedene Daten auszuwerten und für Kommunen aufzubereiten. Künftig soll eine Datenplattform aufzeigen, welche Leistungen von Gemeinden erbracht werden und wie wichtig ihr Beitrag zu unserem Verwaltungssystem ist. Die digitale Transformation erfordert jedenfalls Visionskraft, Engagement und Partnerschaft: Nur, wenn alle Akteurinnen und Akteure an einem Strang ziehen, kann die Digitalisierung einen echten Mehrwert für unsere Gesellschaft schaffen.



*Projekt „Digitaler Zwilling“, elektronische Amtstafeln und Schwerpunkt digitale Kompetenzen: Viele Gemeinden nutzen die Digitalisierung bereits um Ressourcen effizienter einzusetzen und noch besser auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingehen zu können.*

## Städtebund

# Gemeinsame statt einsame Lösungen

Österreichs Städte nutzen vielfältige Kooperationen mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, um mehr Service, digitale Souveränität und den verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz zu ermöglichen.



## Städtebund & Bundeskanzleramt: „Once Only“ in der Gemeindeverwaltung

„Data Once Only“ ist eines der Leitprinzipien des E-Government-Aktionsplans der Europäischen Union. Es sieht vor, dass Daten von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen, die bereits elektronisch in Registern und Datenbanken vorliegen, nicht wiederholt bei Verfahren eingeholt werden sollen. Angesichts der hohen Dichte an zentralen Registern in Österreich wurde mit der Umsetzung eines „Register- und Systemverbundes“ (dadeX) als zentrale Schnittstelle für das Abrufen digitaler Daten durch Behörden die notwendige Voraussetzung geschaffen.

Die häufigste Einholung von Daten erfolgt formularbasiert. Bei 2.093 Städten und Gemeinden und im Schnitt zwischen 100 und 150 Formularen (im Idealfall online) ist das Potenzial für eine Umsetzung von „Once Only“ enorm. Bundeskanzleramt, Österreichischer Städtebund und der IT-Dienstleister des Städtebundes, IT-Kommunal, haben daher im Rahmen einer beim Österreichischen Städtebundtag 2024 abgeschlossenen Kooperation eine umfassende Anbindung der kommunalen Online-Formulare an die zentralen Register des Bundes und eine weitreichende Integration der Formulare in die Serviceplattformen des Bundes vereinbart.

Für eine Pilotimplementierung wurden 2024 aus der österreichweit einheitlichen, kommunalen Basisformularsammlung, welche den übertragenen Wirkungsbereich des Bundes abdeckt, alle Anträge, die von den Kommunen auf Grundlage der Straßenverkehrsordnung (StVO) bearbeitet werden, an die als Datenlieferanten benötigten Register (Unternehmensregister, Zentrales Melderegister) angebunden. Nach erfolgreicher Implementierung für mehrere hundert Städte und Gemeinden, die diese Basisformularsammlung nutzen, erfolgt 2025 eine Ausweitung auf die gesamte Formularsammlung und weitere Register des Bundes.

Das berechnete Einsparungspotenzial ist enorm: Bisherige Nutzungszahlen des Online-Formularservices „amtsweg.gv.at“ alleine für die 2024 umgesetzten zwölf StVO-Formulare – hochgerechnet auf alle 2.093 Gemeinden – ergeben 76.043 StVO-Formular-Interaktionen pro Jahr. Konservativ geschätzt werden ca. 10 % aller Anträge im Bereich der StVO online gestellt. Das errechnete Potenzial bei einer 100 %-igen Online-Antragstellung läge österreichweit somit bei 760.430 Anträgen. Wenn nur die Hälfte davon tatsächlich digital abgewickelt wird, würden somit noch immer mehr als 380.000 Anträge von einer effizienten Datenvorbefüllung profitieren. Ebenso viele Prüfungsvorgänge in den Städten und Gemeinden könnten rascher ablaufen.



Mag. (FH) Cornelia Schuss, Digital.Team der Stadt Leoben mit den KI-Expertinnen Gabriele Bolek-Fügl und Carina Zehetmaier

## Digitale Souveränität im „Datenraum Kärnten“

Die „digitale Souveränität“ der öffentlichen Verwaltung stellt eine zentrale Zielsetzung des „Digitalen Aktionsplans Austria“ dar. Mit dem „Datenraum Kärnten“ wurde auf kommunaler Ebene ein Leuchtturmprojekt gestartet, das wegweisend für Datenautonomie und eine körperschaftsübergreifende Datenkooperation ist. Das Projekt wird als gemeindeübergreifende und skalierbare Plattform im Verbund über den Verein „Zentralraum Kärnten Plus“ betrieben. Das Setup und die pilothafte Entwicklung der ersten Use Cases erfolgte durch die Städte Klagenfurt, St. Veit an der Glan und Villach.

Hinter dem „Datenraum Kärnten“ als interkommunales Kooperationsprojekt steckt die Idee einer offenen und skalierbaren Plattform, welche es erlaubt, heterogene Daten unterschiedlicher Quellen in einem System zu vereinheitlichen. Für die teilnehmenden Städte bedeutet der Datenraum Kärnten eine Stärkung der eigenen Datensouveränität mit einer Fülle an Synergieeffekten:

→ Insbesondere kleinere Gemeinden erhalten durch die strukturierte Datenaufbereitung Zugang zu Smart-City-Lösungen, die im Normal-

fall finanziell und personell nicht realisierbar wären.

- Den Kommunen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlaubt die Aufbereitung und Verknüpfung im Datenraum objektive und datengetriebene Entscheidungen.
- Durch die aufgebrochenen, herstellerzentrierten Datensilos und die standardisierte Datenhaltung können zukunftsweisende Konzepte und ein neues Verständnis für Daten geschaffen werden.
- Die Teilnehmenden profitieren von einer starken Community und vom gegenseitigen Austausch des Know-hows in unterschiedlichen Fachbereichen.

Für die breite Öffentlichkeit stellt der Open-Data-Aspekt der Plattform einen wichtigen Beitrag für Partizipation und Demokratieförderung dar. Nach dem Prinzip „Gemeinsame statt einsame Lösungen“ wird die Plattform im freiwilligen interkommunalen Verbund betrieben, was gleichzeitig auch die Verfolgung gemeindeübergreifender Strategien und Ziele verbessert bzw. überhaupt erst ermöglicht. Für die teilnehmenden Gemeinden ergibt dies messbare Vorteile durch weniger Verwaltungsaufwand und eine effizientere – da gebündelte – Nutzung von Infrastruktur.

Die Plattform „Datenraum Kärnten“ zeichnet sich durch einen flexiblen Aufbau und standardisierte Schnittstellen aus. Da die Datenhoheit bei den teilnehmenden Städten und Gemeinden liegt, können diese über die Richtlinien der Datenaufbewahrung selbst entscheiden bzw. im Bedarfsfall ihre Daten auch umstrukturieren oder migrieren. Neben internen Werkzeugen zur Datenanalyse (Business Intelligence Tools) steht den Kommunen überdies ein authentifiziertes Application Programming Interface (API) zur Verfügung, über das komplexe Datenabfragen oder Anbindungen an Drittsysteme realisiert werden können. Externen Nutzerinnen und Nutzern erlaubt das öffentliche Dashboard im Sinne des Open-Government-Gedankens einen einfachen Zugang zu freigegebenen Daten. Diese werden zielgruppengerecht in Form von Karten, Graphen und Diagrammen aufbereitet. Eine vereinfachte, offene API kann zur Umsetzung kleiner Widgets genutzt werden (beispielsweise Live-Parkplatzinfos auf einer externen Drittwebsite).

Die Phase 1 des Datenraum Kärntens wurde 2024 abgeschlossen. Dabei wurden bereits die Use Cases Smart Parking, historische Wetterdaten und Wetterprognosen, mobilfunkbasierte Bewegungsdaten, demographische Bevölkerungsdaten und Photovoltaik erfolgreich umgesetzt und öffentlich ausgerollt. In Phase 2 werden weitere kommunale Anwendungsfälle rund um die Schwerpunkte Mobilität, Umwelt und Wirtschaft umgesetzt.

## Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll nutzen

Die Stadt Leoben befasst sich mit einem Projektteam intensiv mit den Möglichkeiten und Herausforderungen rund um – insbesondere generative – künstliche Intelligenz und arbeitet an einer Strategie, die der Stadtverwaltung als Roadmap für den Einsatz von KI-Anwendungen dienen soll. Als Ergebnis des 2024 initiierten Strategieprozesses konnte bereits die erste Version der KI-Strategie für die Stadt Leoben vorgestellt werden. Diese knüpft an die bestehende Digitalstrategie an, die formulierten Grundsätze beruhen aber auf einer intensiven Einbindung von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Stadtwerke, dem Austausch mit anderen

österreichischen Städten sowie mit Fachleuten aus Bereichen wie Recht, Technologie und Ethik. Hauptziel der KI-Strategie war es, einen verantwortungsvollen und transparenten Einsatz von KI-Anwendungen in der Stadtverwaltung sicherzustellen. So hält einer der Leitsätze fest, dass künstliche Intelligenz unterstützen oder assistieren kann, Entscheidungen aber immer vom Menschen getroffen werden. Im Projekt unterstützt wurde das abteilungsübergreifende „Digital.Team“ der Stadt Leoben von den beiden Expertinnen Carina Zehetmaier und Gabriele Bolek-Fügl, die auf die Begleitung von KI-Transformationsprozessen spezialisiert sind und über jahrelange Erfahrung in den Bereichen Digitalisierung, Recht und Ethik verfügen. Weitere wertvolle Inputs konnten durch den Austausch mit KI-Pionier-Städten wie Wien oder Linz gewonnen werden.

[digitales.leoben.at/strategie](https://digitales.leoben.at/strategie)



CDO des Städtebund Dr. Ronald Sallmann

## Abkürzungsverzeichnis

AHESN	Austrian Higher Education Systems Network
AI	Artificial Intelligence
API	Application Programming Interface
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
BI	Business Intelligence
BLSG	Gremium Bund, Länder, Städte und Gemeinden
BRZ	Bundesrechenzentrum
BWC	Body Worn Cameras
CDO	Chief Digital Officer
CIO	Chief Information Officer
CySihZ	Cybersicherheitszentrum
dadeX	Digital Austria Data Exchange
DIAG	Dokumentations- und Informationssystem für Analysen im Gesundheitswesen
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
EDM	Elektronische Datenmanagement
EdTech Hub	Educational Technologies Hub
EES	Entry/Exit System
eFWP	Elektronischen Flächenwidmungsplan
EPA	Europäisches Patentamt
EUIPO	Europäisches Amt für geistiges Eigentum
FFG	Forschungsförderungsgesellschaft
fnma	Forum neue Medien in der Lehre Austria
IDR	Identitätsdokumentenregister
IKT	Kommunikationstechnologie
IMG	Institut für Militärisches Geowesen
IT	Informationstechnologie
IVR	Richtlinie für Intelligente Verkehrssysteme
JKU	Johannes Kepler Universität
KI	Künstliche Intelligenz
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KZR	Kraftfahrzeugregister
LFI	Landwirtschaftliche Fortbildungsinstitut
LFRZ	Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH
LoRaWAN	Long Range Wide Area Network
LWA-G	Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichsgesetz
MilCERT	Military Computer Emergency Readiness Team
MVP	Minimum Viable Product
NISG	Netz- und Informationssystemeicherheitsgesetz
OER	Open Educational Resources
OSA	Open Science Austria
RTR	Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH
SFG	Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft
StVO	Straßenverkehrsordnung
TBD	Transparenzdatenbank
TPA	Technische Protokollauswertung
UHS-tat2	Statistische Erhebung bei Studienabschluss
USP	Unternehmensserviceportal
WHZG	Wohn- und Heizkostenzuschussgesetz
ZID	Zentraler Informatikdienst
ZMR	Zentralen Melderegister



